

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbner 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin G B 61, Belle-Alliance-Platz 6
Draftanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsfesten, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. Juli 1932.

mit Institut
§88. Geschiedenis
Amsterdam

Die letzte Etappe.

Papen gesteht 3 Milliarden Abschlusszahlung zu.

SPD. Die letzte Etappe des Befreiungskampfes gegen die Reparationen ist in Lausanne erreicht worden. Zwölf Jahre nach dem Londoner Ultimatum verbleiben von den 132 Milliarden Goldmark, die von Deutschland gefordert wurden, noch 3 Milliarden Mark übrig. Sie heißen heute offiziell nicht mehr Reparationszahlungen, sondern Beitrag für den europäischen Wiederaufbau. Aber wir erinnern uns, dass Wiederaufbau ins Französische mit Reparation übersetzt wird.

Um diese Entwicklung vom Londoner Ultimatum bis zur Lausanner Konferenz ist ein zäher, unermüdlicher und opferreicher Kampf geführt worden. Die Männer und die Parteien, die den Befreiungskampf in Deutschland getragen haben, haben zwölf Jahre hindurch masslose Hetze und Anfeindung, die schmutzigsten Verleumdungen und die wildesten Beschimpfungen über sich ergehen lassen müssen - von jenen parteipolitischen Kräften, die heute das nationalkonzentrierte Kabinett der Barone stützen. Dieser opferreiche Kampfweg ist bezeichnet durch die Totenmäler von Erzberger und Rathenau. Wir vergessen das nicht in der Stunde des Vertragsabschlusses von Lausanne. Wir werden es niemals vergessen!

Mit dem Inkrafttreten des Hoover-Jahres wusste das ganze deutsche Volk: die Reparationszahlungen haben aufgehört, sie wieder aufzunehmen ist historisch unmöglich. Dies feste Bewusstsein des Volkes war die Grundlage, auf der die Regierung Brüning die entscheidende Abschlusskonferenz vorbereitet hat, es war der Auftakt zu Brünings hartem Nein. Von dieser Konferenz erwartete das deutsche Volk mit Gewissheit das Ende der Reparationen! Zu dieser Konferenz ist nicht mehr Reichskanzler Brüning gegangen, sondern der Chef der nationalkonzentrierten Regierung der Barone. Herr von Papen hat dem Ausland gegenüber darauf hingewiesen, dass er sich auf die sogenannte nationale Rechte stütze und dass er also legitimierter sei für das deutsche Volk zu sprechen als sein Vorgänger. Die dreiwöchigen Verhandlungen in Lausanne haben gezeigt, was herauskommt, wenn die Männer der deutschen Rechten die aussenpolitischen Verhandlungen führen! Brüning hatte sein hartes Nein vorbereitet. Er hatte wohlberechtigte Hoffnungen endgültig Schluss mit den Reparationen machen zu können, darüber hinaus aber noch weitere Fortschritte in der politischen Gleichberechtigung Deutschlands erkämpfen zu können. Herr von Papen hat die Verhandlungen begonnen mit einer Schwenkung zur Erfüllungspolitik in einer Form, die in dieser Situation weder Brüning noch der Chef einer Linksregierung gewählt haben würde. Er hat dann, offenbar unter dem Druck des Rechtsradikalismus in Deutschland sich versteift auf die sogenannten politischen Fragen, vor allem die Kriegsschuldfrage und die Frage der Rüstungsfreiheit für Deutschland. Am Schlusse ist er wieder eingeschwenkt in die Bahnen der reinen Erfüllungspolitik - der Systempolitik, wie es im rechtsradikalen Jorgan heisst. Die nationalkonzentrierte Regierung hat nicht eine neue Aera der deutschen Aussenpolitik eingeleitet, sie hat keine prinzipielle Aenderung im Wege vorgenommen, sie hat

lediglich fortgesetzt, was in zwölf opferreichen Jahren vorbereitet worden ist. Sie hat sich so sehr zur Erfüllungspolitik bekannt, dass sie jetzt zuletzt noch einen Betrag von 3 Millionen Mark erfüllt, während die vorhergehende Reichsregierung sich sicher fühlt, dass, komme was wolle, Deutschland überhaupt nichts mehr zahlen werde! So ist das letzte endgültige Ende noch nicht erreicht und es bleibt noch eine letzte kleine Etappe!

Im Laufe dieser Verhandlungen hat die nationalkonzentrierte Regierung das Wesen ihrer Politik nach innen hin zu verschleiern versucht. Sie hat mit Enttüstung zurückgewiesen, dass sie ein Angebot gemacht habe. Wir fragen heute nach dem Abschluss von Lausanne: Warum ist eigentlich die "Kölnische Volkszeitung" verboten worden?

Das Ergebnis von Lausanne erfährt auf der deutschen Rechten eine überaus harte Beurteilung. Hier fühlt man, dass die innere Logik der Befreiungspolitik der letzten zwölf Jahre, die auf der Rechten verächtlich Systempolitik genannt wird, die Verhandlungen von Lausanne bestimmt und auch dieser Regierung in ihren Bann gezogen hat. So ist es nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit, dass das nationalkonzentrierte Kabinett der Barone in dieser Stunde etwas erfährt von der Gehässigkeit der Angriffe des Rechtsradikalismus, von jenem Maulheldentum und jenen Beschimpfungen, die die Staatsmänner der Republik in den letzten zwölf Jahren über sich ergehen lassen mussten! Die Rechtsradikalen werden damit nicht hinwegschreien, dass es ihre Regierung ist, die dieses Ergebnis von Lausanne gutheisst, dass es ihre Regierung ist, die eine demonstrative Katastrophenpolitik von sich gewiesen hat mit denselben durchschlagenden und richtigen Begründungen mit denen die Staatsmänner der Republik seit zwölf Jahren den stetigen Kurs der Befreiungspolitik verteidigt haben. Die Begründungen, die Herr von Papen in seiner Rundfunkansprache an das deutsche Volk am Freitagabend für den Abschluss des Vertrages in Lausanne gegeben hat, das sind dieselben Begründungen, mit denen die deutsche Sozialdemokratie die Trägerin der deutschen Befreiungspolitik vom ersten Tag ab ihre Politik, die Politik des Systems, verteidigt hat!

Wir stellen das fest. Wir stellen zugleich fest, dass der Rechtsradikalismus, dessen Repräsentantin die Regierung von Papen ist, Verantwortung trägt für diesen Vertragsabschluss, und dass er für ihn wird gerade stehen müssen! Damit ist zugleich festgestellt, dass die wilden verhetzenden Angriffe dieser rechtsradikalen Kreise auf das "System", auf die Staatsmänner der Republik, auf die deutsche Sozialdemokratie, verlogene Hetze gewesen sind. Mögen sie zu innerpolitischen Zwecken gegen uns hetzen: wir stellen heute mit Genugtuung fest, dass ohne die deutsche Sozialdemokratie, zwölf Jahre nach dem Londoner Ultimatum, dieser letzte Schritt zur Befreiung von den Reparationen nicht möglich gewesen wäre!

Das Ergebnis: Aus Brüning's hartem Nein ist Papen's Zugeständnis von 3 Milliarden Abschlusszahlung geworden, aus der Hoffnung auf politische Gleichberechtigung, das Fallenlassen der politischen Punkte.

In der grossen historischen Linie ist erreicht, was das deutsche Volk erwartet hat. Dass es nicht in vollem Umfange so verwirklicht werden konnte, wie man nach der Vorbereitung erwarten konnte, daran tragen jene Kräfte die Schuld, die Brüning gestürzt und an seine Stelle die nationalkonzentrierte Regierung von Papen gesetzt haben, die die letzte Verhandlung, die zum Siege der Politik der Befreiung durch Erfüllung führen musste, in die Hände von Männern gelegt hat, die bis zu dieser Stunde in dem dieser Politik feindlichen Lager gestanden haben!

SPD. Breslau, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Grosse Strafkammer des Breslauer Landgerichts fällte am Freitag mittags in dem sogenannten Krankenkassen-Prozess den in Breslau mit Spannung erwarteten Urteilsspruch.

Verurteilt wurden der frühere Abteilungsleiter der Breslauer Allgemeinen Ortskrankenkasse Erich Bartsch wegen Betruges in fünf Fällen zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis, der praktische Arzt Dr. Wiesner wegen Betruges zu 2 Jahren Gefängnis. Beiden Angeklagten wird die Untersuchungshaft angerechnet. Der Haftbefehl gegen Dr. Wiesner bleibt aufrechterhalten. Ferner wurden verurteilt, ebenfalls sämtlich wegen Betruges, der Angeklagte Quaak zu 16 Monaten, der Angeklagte Kammler zu 4 Monaten und der Angeklagte Hentschel zu 3 Monaten Gefängnis. Den Angeklagten Kammler und Hentschel stellte das Gericht für den Fall, dass sie den der Allgemeinen Ortskrankenkasse zugefügten Schaden ersetzen würden, Strafaussetzung in Aussicht.

Die Härte des Urteils gegen Bartsch erklärt sich, wie der Vorsitzende in der Begründung des Urteils betonte, aus der Tatsache, dass Bartsch die ihm vom Verwaltungsdirektor Kirchhoff eingeräumte Vertrauensstellung in massloser Weise missbrauchte. Hinsichtlich des gleichfalls streng abgeurteilten Dr. Wiesner heisst es in der Begründung, dass Wiesner seine Standespflichten gröblich verletzt und sich nicht gescheut habe, mit einem Angestellten höchst unsaubere Geschäfte zu machen.

Die Breslauer Allgemeine Ortskrankenkasse ist durch die Angeklagten Wiesner, Quaak, Kammler und Hentschel um 30 500 Mark geschädigt worden. Davon entfallen rund 20 000 Mark auf Wiesner. Die Betrügereien des Angeklagten Bartsch richteten sich gegen das Breslauer Hauptversorgungsamt, das durch diese Machenschaften einen Schaden von über 100 000 Mark erlitt.

Die im Verlauf dieses Prozesses von der Rechtspresse gegen führende sozialdemokratische Beamte, insbesondere gegen den Verwaltungsdirektor Kirchhoff, der Allgemeinen Ortskrankenkasse betriebene Hetze ist schmähsch zusammengebrochen. Kirchhoff konnte selbst bei strengster Nachprüfung der in Frage stehenden Vorgänge nicht die geringste strafbare Handlung nachgewiesen werden. Ebenso haben sich alle jene Verdächtigungen, Kirchhoff habe sich der Fahrlässigkeit schuldig gemacht oder durch seine Unfähigkeit gewissermassen die Durchstechereien der Verurteilten begünstigt, als nichtig erwiesen. Dass die Verfehlungen des Bartsch solange unentdeckt blieben, ist nicht auf irgendwelche "marxistischen Misstände" in der Krankenkasse zurückzuführen, sondern auf die fast beispiellose Raffiniertheit, mit der Bartsch zu Werke ging.

SPD. Der nationalsozialistische Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses Herr Gregor Strasser, ist nach langen Ueberlegungen zu einem Entschluss gekommen: er lehnt die Einberufung des Ueberwachungsausschusses ab.

Wir erinnern uns, dass sich Ende Juni die Reichspressestelle der Nationalsozialistischen Partei furchtbar über die Behauptung entrüstete, Herr Strasser weigere sich, die Einberufung des Ueberwachungsausschusses vorzunehmen. In der nicht sehr klaren Darlegung wurde auseinandergesetzt, dass zunächst mit einer Mehrheit für den Einberufungsantrag nicht hätte gerechnet werden können. Dann hiess es weiter: "Dies war erst der Fall, als am 25. Juni der Antrag der Zentrumsparthei einlief. Der Abgeordnete Strasser hat daraufhin sofort an alle Mitglieder des Ausschusses ein Rundschreiben mit dem Ersuchen um eine Stellungnahme gerichtet und er hat sich weiter sofort mit dem Direktor des Reichstags zwecks Festsetzung des Einberufungstermins und der Tagesordnung in Verbindung gesetzt." Die Mitteilung der nationalsozialistischen Reichspressestelle erschien im "Völkischen Beobachter" unter der Ueberschrift "Die Lügen über die Haltung Strassers". - Wir fragen heute: Wer hat gelogen?

Strasser versucht jetzt, seine Ablehnung auch zu begründen. Aber es darf von vornherein gesagt werden, dass keiner seiner Gründe auch nur im entferntesten stichhaltig ist. Zunächst beruft er sich darauf, dass sich der Ausschuss im Juli 1930 zur Behandlung der Anträge, Notverordnungen des Reichspräsidenten aufzuheben oder als verfassungswidrig zu bezeichnen, für unzuständig erklärt habe. Eine Sitzung des Ausschusses könne also jetzt kein anderes Ergebnis haben, wenngleich auch - und das ist das Amüsanteste an diesem Teil der Motivierung - die NSDAP "bekanntlich" ebenfalls für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen würde.

Es ist richtig, dass der Ausschuss 1930 den von Herrn Strasser angeführten ablehnenden Standpunkt eingenommen hat. Aber seine Zusammensetzung war damals eine andere als heute. Und wenn diesmal die Nationalsozialisten entsprechend der Strasserschen Feststellung "bekanntlich" für die Aufhebung der Notverordnungen stimmen würden, wäre also aller Wahrscheinlichkeit eine Mehrheit vorhanden und der Beschluss hätte zum mindesten eine sehr starke demonstrative Bedeutung. Ist man aber der Auffassung, dass Entscheidungen früherer Ausschüsse für alle Zeit bindend seien, so liegt auch eine Entscheidung aus dem Jahre 1920 vor, nach der der Ausschuss zusammenzuberufen ist, wenn zwei seiner Mitglieder es verlangen. Warum bleibt dieser Beschluss unberücksichtigt?

Zweiter Grund des Herrn Strasser: Die Untersuchung über den Ankauf des Aktienpakets der Vereinigten Stahlwerke sei so wichtig, dass sie auch im neuen Reichstag vorgenommen werden müsse und er werde ein Forum zu finden haben, das auch die Minister eines früheren Kabinetts zur Verantwortung ziehen könne. Nach diesem Forum braucht eigentlich nicht mehr gesucht zu werden, denn der Staatsgerichtshof ist vorhanden. Aber wenn die Affäre der Vereinigten Stahlwerke so wichtig ist - und auch wir halten sie dafür -, so läge es doch wohl im allgemeinsten Interesse, sie sobald als möglich und noch vor den Wahlen von der zuständigen parlamentarischen Instanz, die ausserdem das Recht eines Untersuchungsausschusses besitzt, behandeln zu lassen. Es ist jedenfalls eine leere Redensart, wenn Herr Strasser in diesem Zusammenhang erklärt, dass das deutsche Volk an dem aufgelösten Reichstag oder an einem Ausschuss dieses Reichstags kein Interesse mehr habe.

Schliesslich versucht Herr Gregor Strasser die Weimarer Verfassung auszulegen. Er glaubt zu der Feststellung gelangen zu können, dass der Ueberwachungsausschuss geschaffen worden sei, um Verfassungsverletzungen zu verhindern und von solchen Verletzungen sei ja in den Einberufungsanträgen nicht die Rede. Wir fragen, wie Strasser zu einer solchen Auffassung gelangen konnte? Der Ausschuss ist bestellt "zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung für die Zeit ausserhalb der Tagung und nach Beendigung einer Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags". Die Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung bestehen aber nicht nur in der Abwehr von Verfassungsverletzungen. Und da sich der gegenwärtige Vorsitzende des Ausschusses, wie wir gesehen haben, zu seiner Rechtfertigung auf frühere Verhandlungen und Entscheidungen beruft, dürfte er nicht an der Tatsache vorübergehen, dass der Ausschuss in der Vergangenheit seinen Befugnissen entsprechend die Rechte der Volksvertretung anders ausgelegt hat, als es Herrn Strasser jetzt beliebt.

Wenn von einer Verfassungsverletzung die Rede sein kann, so wird sie von dem Mann begangen, der sich weigert, der Volksvertretung die Möglichkeit zur Ausübung ihrer Rechte zu gewähren. Alles was er zur Begründung seines Verhaltens anführt, ist barer Unsinn. In Wirklichkeit will der Nationalsozialist die Beratungen des Ausschusses sabotieren, um die Regierung Papen und seine eigene Partei nicht in Verlegenheit zu bringen und um das Halbdunkel nicht zu zerstören, das für die Minderbegabten noch über dem Verhältnis zwischen dem gegenwärtigen Kabinetts und der Hitlerpartei lagert.

Um vollends zum Ziele zu kommen, droht er ausserdem, er werde gegen Ver-

suche, über den Weg des ältesten Mitgliedes des Ausschusses die Einberufung vorzunehmen, alle ihm möglichen Massnahmen treffen. Was beabsichtigt Herr Strasser? Will er etwa eine Sitzung des Ausschusses durch SA-Kolonnen sprengen lassen? Wir sind gespannt.

Aber einstweilen genügt uns die Feststellung, dass dieser merkwürdige Hüter der Verfassung seine Stellung dazu benutzt, um seine Partei und die von ihr am Leben gehaltene Regierung vor Schaden zu bewahren.

SPD. Frankfurt/M., 8. Juli (Eig. Drahtb.)

In Frankfurt a.M. kam es am Freitag zu Zusammenstössen zwischen Nazis und der Polizei.

Im Anschluss an das Begräbnis eines kürzlich erschossenen SA-Mannes formierten Frankfurter Nationalsozialisten, die durch Lastwagentransporte von auswärts verstärkt worden waren, einen nicht angemeldeten starken Demonstrationzug durch das Stadttinnere. Am Wendelplatz stiessen die Demonstranten einen Polizeioffizier mit acht Beamten zur Seite, die vergeblich die Auflösung des Zuges forderten. Die SA-Leute schnallten auf Kommando die Schulterriemen ab und schafften sich Platz, indem sie auf die Beamten einschlugen. Der Demonstrationzug widersetzte sich auch allen späteren polizeilichen Anordnungen. In Mannschaftswagen vorüberfahrende Beamte wurden wüst beschimpft und Zuschauer, die abfällige Bemerkungen machten, mit Schulterriemen zu Boden geschlagen und mit Füssen getreten. Die Polizei war machtlos. Immer wieder formierten sich die SA-Leute und stiessen die sich ihnen entgegenstellenden Polizeibeamten zur Seite. Erst an der "Alten Brücke" löste sich der geschlossene Zug auf. Unter lautem Schreien und unter Beschimpfungen gegen die Polizei marschierten die Nazis nach der Zeil. Hier mehrten sich die Ueberfälle auf politische Gegner. Als die Trupps auf dem Börsenplatz eintrafen, ordnete die Polizei die sofortige Räumung des Platzes an. Auch hier leisteten die SA-Leute Widerstand, setzten sich auf den Boden und sangen ihre Kampflieder. Sie bedrohten die Polizei, die ihrerseits nichts unternahm sondern mit den Anführern verhandelte. Erst gegen 11,30 Uhr räumten die SA-Leute den Platz.

Im Anschluss an die Demonstration wurde gegen 13 Uhr auf dem Frankfurter Flugplatz kurz vor der Abfahrt des Flugzeuges nach Berlin der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Beckerle verhaftet. Er war der Anführer der verbotenen Demonstration.

SPD. Der Berliner Gauleiter der Nazi-Partei, jener verkrüppelte Goebbels, der nach der Bildung der Regierung Papen als Reichspropagandaleiter der NSDAP in einem vertraulichen Rundschreiben an die Nazi-Organisation verfügte, dass die Regierung der Nazi-Barone nicht angegriffen werden darf, hat sich am Freitag in Gegensatz zu seiner eigenen Verfügung gesetzt. In seiner Dreckschleuder veröffentlicht er einen endlosen, mit heftigen Angriffen gespickten Aufruf gegen den Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl, der sich erlaubt hat einen Aufmarsch der SA unter den Linden nicht zu genehmigen.

Warum diese ebenso hysterische wie demagogische Attacke? Nun ihre Ursache ergibt sich aus dem Aufruf des Herrn Goebbels selbst, wo es heisst: Was das Kabinett von Papen tue, sei die mechanische Fortsetzung der Brünningschen Notverordnungs politik, und damit müsse jetzt Schluss gemacht werden. Die Notverordnungs politik der Nazi-Barone hat ihre Auswirkungen auf die Wählerschaft der Nazis nicht verfehlt. Das Volk ist im Erwachen begriffen, es hat erkannt, dass die Hungerverordnungen der Papen und Schleicher nur unter Duldung der Hitler-Partei möglich sind und ihre Tolerierung mit den Notverordnungsjacken

der SA belohnt wurde. So beginnen den Nazi-Demagogen die Felle fortzuschwimmen. In dieser Situation greifen sie zu dem alten Trick, versuchen sie mit übelster Demagogie zu retten was zu retten ist, indem sie einen belanglosen Konflikt mit dem Reichsinnenminister des Schleicher-Kabinetts benutzen, um von der mit ihrer Duldung zustandegewonnenen Regierung abzurücken. Als diese Regierung ihre Hungerverordnungen erliess, da gab es keine Proteste der Herren Hitler und Goebbels, da wurde die Nazi-Presse ausdrücklich zum Schweigen verpflichtet. Das zeigt wohl am besten, dass die jetzige Aufregung über den nicht genehmigten SA-Aufmarsch im Gebiet der Bannmeile "Unter den Linden" nur markiert ist, um aus einer unangenehmen Situation herauszukommen. Den Lohn für ihren Verrat haben die Herrschaften ja inzwischen eingesteckt. Nun halten sie die Zeit für gekommen, wieder dreist und frech darauf los lügen und schwindeln zu können.

Aber so einfach wie sich die Herrschaften das vorstellen ist es nicht. Das Experiment der Papen-Regierung hat Millionen aufhorchen lassen. Das Volk beginnt zu erwachen und viele haben sich in den letzten Wochen bereits überzeugt, was es mit der Hitlerbewegung auf sich hat. Diese Bewegung hat Millionen Arbeit und Brot versprochen. Gebracht hat sie neuen Hunger und neues Elend. Millionen von Menschen stehen heute wirtschaftlich schlechter da als unter der Reichskanzlerschaft Brünnings. Sie müssen darben und hungern, weil ihr kärgliches Einkommen unter der stillschweigenden Duldung der Hitler-Partei um weitere 1½ Milliarden gekürzt wurde. Das ist der innenpolitische "Erfolg" der Nazi-Bewegung. Wie der aussenpolitische aussieht, zeigt der Ausgang der Lausanner Konferenz, mit dem wir uns an anderer Stelle ausführlich beschäftigen.

SPD. München, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Verlauf der gerichtlichen Verhandlung über den Einspruch gegen einstweilige Verfügungen, die die Hitlerpartei inden Tagen unmittelbar vor der Landtagswahl am 24. April gegen die Münchener Sozialdemokratie erwirkt hatte, erlitt die Bürokratie des Braunen Hauses eine vollständige Niederlage. Der schamlose Unfug dieser einstweiligen Verfügungen im politischen Kampfe der Hakenkreuzler, durch die sie mit erlogenen Behauptungen die Mundtotmachung des Gegners erreichen wollen, ist damit aufs Neue gebrandmarkt.

Es handelt sich um vier solche einstweiligen Verfügungen, über die das Landgericht München als Berufungsinstanz zu entscheiden hatte. Die erste Verfügung untersagte unter Androhung einer hohen Geldstrafe dem Vorsitzenden der Münchener SPD die Verbreitung eines Bildplakats, auf dem Hitlers Verrat an Südtirol sinnfällig dargestellt war. Die Entscheidung über diesen Einspruch wird erst am 22. Juli gefällt. Das Gericht wird aber nicht umhin können, dem sozialdemokratischen Beschwerdeführer recht zu geben, denn es war dessen Verteidiger leicht, an Hand von Behauptungen aus dem Völkischen Beobachter Hitlers Südtiroler Verrat einwandfrei nachzuweisen.

Die drei anderen Verfügungen wandten sich gegen den Verlag der Münchener Post. Zwei verboten dem Verlag die Weiterverbreitung des Wahlplakates mit einer Ausguss aus dem berüchtigten Boxheimer Blutdokument. Die vierte einstweilige Verfügung verbot die Wiederholung eines in der Münchener Post erschienenen Artikels über die Tscheke im Braunen Hause. Gerade der letztere Fall zeigt, wie leicht es das Gericht den Nazis gemacht hat, mit Hilfe von einstweiligen Verfügungen den verhassten Gegner mundtot zu machen. Der Antragsteller Schwarz, Reichsschatzmeister der Nazis, erwirkte das Verbot lediglich auf die eidesstattliche Versicherung hin, dass ihm von einer Tscheke im Braunen Hause nichts bekannt sei. In Wirklichkeit hat aber der vor wenigen Tagen verhandelte Prozess gegen Danzeisen einwandfrei bestätigt, dass es im Braunen Haus tatsächlich sehr gefährliche tschekeähnliche Vorgänge gegeben hat. Der Rechtsbeistand der Münchener Post hat bei allen diesen Verfügungen dem Landgericht

klarzumachen versucht, dass man auf Unterlassung einer angeblich beleidigenden Behauptung nur die Redakteure, nicht aber den Verlag oder gar die Druckerei verurteilen könne. Denn eine unerlaubte Handlung setze doch eine Schuld voraus. Die Druckerei könne aber für den Inhalt der von ihr hergestellten Plakate oder Zeitungen weder pressgesetzlich noch strafrechtlich verantwortlich gemacht werden. Wenn das Gericht dennoch zu der einstweiligen Verfügung gegen den Verlag kam, dann beweise es eben, dass es von den praktischen Begriffen einer Zeitung keine Ahnung hat. Anders das Oberlandesgericht. An dieses hatte sich die Münchener Post in einem ähnlich gelagerten Fall beschwerdeführend gewandt und ein obsiegendes Urteil erlangt. Dort wurde glatt bestätigt, dass es dem Wesen einer Tageszeitung widerspreche, mit Unterdrückungsklagen oder einstweiligen Verfügungen gegen einen Verlag vorzugehen.

Nach diesem Entscheid des Oberlandesgerichts hatten die Hitlerbanzen keine Lust mehr, auf dem erwirkten Recht der einstweiligen Verfügung zu beharren und ihr Vertreter liess sich gern zu einem Vergleich herbei, der in Wahrheit eine vollkommene Niederlage für die Klägerpartei darstellt. Nach diesem Vergleich verzichten Hitler und die anderen nationalsozialistischen Antragsteller auf alle Rechte aus den einstweiligen Verfügungen und übernehmen gesamtverbindlich die Prozesskosten einschliesslich der Kosten des Widerspruchverfahrens.

SPD. Paris, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die aussenpolitische Debatte, die die sozialistische Kammerfraktion noch vor Beginn der Parlamentsferien verlangt hat, wird sich in Form einer kurzen Aussprache über die Festsetzung des Datums für die Beratung der aussenpolitischen Interpellationen abspielen. Es wird also noch keine Aussprache über die Interpellationen selbst stattfinden. Herriot, der zuerst vor dem Auswärtigen Ausschuss erscheint, wird im Plenum eine Erklärung über den Verlauf der Genfer und der Lausanner Konferenz abgeben und das Haus bitten, die Besprechung der Interpellationen bis nach den Ferien zu verschieben. Die Kammer wird diesem Wunsch zweifellos entsprechen und damit der Regierung das Vertrauen zum Ausdruck bringen. Auf diese Weise werden die Parlamentsferien, wenn nicht die Verabschiedung der Finanzvorlage Schwierigkeiten macht, am 14. Juli beginnen können.

SPD. Brüssel, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Kohlenrevier des Borinages spitzt sich die Lage in besorgniserregender Weise zu. Seit Mittwoch ist der Streik im Revier allgemein. Etwa 40 000 Bergleute befinden sich im Ausstand. Eine von einer paritätischen Kommission unter Leitung der Regierung vorgeschlagene Zwischenlösung, die den Arbeitern gewisse Zugeständnisse machte, wurde vom Bergarbeiterverband den Ortsorganisationen zur Abstimmung unterbreitet. Diese lehnten den Vorschlag durchweg mit überwältigenden Mehrheiten ab.

In verschiedenen Orten des Reviers kam es bereits zu Zwischenfällen. Teilweise wurden die Strassenbahnen von Streikenden vorübergehend stillgelegt, um die Zureise von Streikbrechern zu verhindern. In vielen Orten stellten sich Frauen an die Spitze der Demonstrationen, die manchmal einen gereizten Verlauf nahmen. Die Kommunisten machen sich die Stimmung zunutze, um unter den Arbeitern gegen den Verband zu wühlen. Stellenweise reizten unverantwortliche Elemente die Arbeiter zu unbedachten Handlungen auf. Der Verband hat die Bewegung dennoch fest in der Hand.

Unter dem Vorwand der vorgekommenen Zwischenfälle hat der Gouverneur der

Provinz des Nennegaus die Bürgermeister des Streikgebiets, ausnahmslos Sozialisten, aufgefordert, Ansammlungen zu verbieten. Das haben die Bürgermeister abgelehnt, da das Verbot nur noch aufreizender auf die Arbeiterbevölkerung wirken müsste.

Inzwischen hat sich die Streikbewegung, offenbar unter dem Einfluss kommunistischer Elemente, auf das Industriegebiet von Lalouvière ausgedehnt. Hierbei beträgt die Zahl der Streikenden etwa 18 000.

SPD. Bukarest, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein riesiges Schadenfeuer äscherte am Freitag-Vormittag die grosse Baumwollweberei in Bukarest ein, die über 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte. Das während der Arbeitszeit ausgebrochene Feuer breitet sich so schnell aus, dass die Belegschaften der in den oberen Stockwerken liegenden Betriebsräume, wo meistens Frauen arbeiteten, von den Flammen eingeschlossen wurden. Eine unbeschreibliche Panik brach aus. Viele Arbeiterinnen sprangen aus den Fenstern und erlitten schwere Verletzungen. Als die Feuerwehr eintraf lagen bereits mehrere Arbeiter mit schweren Rauchvergiftungen am Boden. Vier Feuerwehrleute wurden unter einstürzenden Trümmern begraben. Sie wurden in hoffnungslosem Zustand geborgen. Die Zahl der Schwerverletzten wird mit 15 angegeben. Die Fabrik brannte vollständig nieder.

SPD. London, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die öffentliche Meinung Englands ist mit dem Ergebnis der Lausanner Konferenz, soweit seine Details bis jetzt hier bekannt sind, zufrieden.

Der "Daily Herald" nennt die Einigung von Lausanne die beste Nachricht seit November 1918 und bezeichnet sie als Endlösung, deren Zustandekommen man der Intervention der Bankiers zu verdanken habe, die sich einmal als Realister erwiesen hätten. Ueber die deutsche Forderung nach Widerruf der Kriegsschuld und die Forderung nach militärischer Gleichheit bemerkt das Blatt: Kein vernünftiger Mensch könne glauben, dass der Vertrag von Versailles noch viele Jahre unrevidiert bleiben könne. Die Geschichte, nicht die Zeitgenossen würden die Schuld am Kriege zwischen Deutschen und Alliierten verteilen, und es sei sicher, dass ein Volk wie Deutschland nicht dauernd unter dem Joch militärischer Unterlegenheit gehalten werden könne.

SPD. Im Preussischen Landtag erklärte der Nazi-Abgeordnete Freisler am Freitag, niemals seien von nationalsozialistischer Seite im Landtag beleidigende Zurufe gegenüber sozialdemokratischen Frauen erfolgt. Demgegenüber stellt die Sozialdemokratische Landtagsfraktion folgendes fest:

"In der fünften Sitzung des Preussischen Landtags vom 3. Juni 1932, wurde als der sozialdemokratische Redner Abg. Drügemüller erklärte: "Sie können uns national nicht beleidigen", von nationalsozialistischen Abgeordneten; insbesondere dem Abg. Ahlemann, wiederholt gerufen: "Ihr Landesverräter!" Daraus entspann sich ein Wortwechsel zwischen einer Gruppe nationalsozialistischer Abgeordneter, die sich um Ahlemann scharten, und einigen Frauen der Sozialdemokratischen Fraktion. Die Abg. Frau Bollmann, deren damals 19jähriger Sohn Walter am 15. April 1918 an der Westfront gefallen ist, wurde von nationalsozialistischen Abgeordneten mit dem Gegenruf bedacht: "Was versteht Ihr Weib von Politik!" Die Abg. Frau Kähler, deren damals 21jähriger Sohn am 22. Juni 1917 an der Ostfront schwer verletzt wurde, rief: "Aber unsere Jungen durften wir hergeben!" Darauf kam aus der bezeichneten Gruppe die Antwort:

"Ihr dummen Ziegen, dafür sind sie Euch ja gemacht worden!"

Dieser Zuruf ist von einer ganzen Anzahl weiblicher Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion gehört worden. Die weiblichen Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion haben ihn daher mit Namensunterschrift der Öffentlichkeit bekanntgegeben.

Unmittelbar nach dem Vorgang, der wegen der ungeheuerlichen Art, wie deutsche Mütter beschimpft wurden, bei den Ohrenzeugen heftige Empörung auslöste, wurde der Gesamtfraktion von dem Tatbestand Mitteilung gemacht. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, die den Zuruf selbst gehört haben, sind bereit, die Richtigkeit dieser Sachdarstellung jederzeit mit ihrem Eid zu bekräftigen.

Im übrigen sei darauf verlesen, dass über den Vorgang in zahlreichen Tageszeitungen berichtet worden ist. Diese Berichte sind von nationalsozialistischer Seite in keiner Weise bestritten worden.

SPD. Paris, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Prüfung der Finanzvorlage durch den Finanzausschuss der Kammer hat nicht das Ergebnis gehabt, das die Regierung von ihr erwartete. Der Ertrag der von der Kommission angenommenen Bestimmungen beläuft sich auf drei Milliarden und nicht auf vier Milliarden Francs, die nach der Ansicht der Regierung für den Ausgleich des Budgets notwendig sind.

Die sozialistische Fraktion nahm am Freitag einen Bericht ihrer Vertreter in der Finanzkommission über die dort gefassten Beschlüsse entgegen. Im allgemeinen billigte sie diese Beschlüsse. Verschiedene Sozialisten waren der Meinung, dass sich die Fraktion bei der Schlussabstimmung über die gesamte Vorlage der Stimme enthalten müsse, wenn nicht die Kammer einige Artikel ablehne, so z.B. die Erhöhung der Verbrauchssteuer auf Kaffee. Ein Beschluss über die endgültige Haltung der Sozialisten wird am Montag gefasst werden.

SPD. Lausanne, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Konferenz von Lausanne hat in der wichtigsten Frage ihres Programms ein positives Ergebnis erzielt. Am Freitag-Nachmittag kurz vor 13 Uhr ist die Einigung über die Reparationsfrage zwischen Deutschland und Frankreich erfolgt. Um 16 Uhr fand eine Sitzung der sechs einladenden Mächte statt, in der Mitteilung von dem erzielten Ergebnis gemacht wurde. Man beschloss, um 21 Uhr abends eine öffentliche Vollversammlung der Konferenz und am Sonnabend-Vormittag 10 Uhr die feierliche Schlussitzung mit der Unterzeichnung abzuhalten.

Der Vertrag von Lausanne beginnt mit einer Präambel, die den Verlauf der Konferenz schildert, einen Hinweis auf die Eröffnungssitzung enthält und an das Moratorium vom 16. Juni erinnert. Das eigentliche Vertragswerk besteht aus fünf Teilen: 1. Das Abkommen der Gläubiger mit Deutschland. 2. Übergangsmassnahmen bis zum Inkrafttreten des Abkommens. 3. Das Protokoll der Aussetzung der Ostreparationen bis zum 15. Dezember. 4. Eine Entschliessung über den beschleunigten Aufbau der ost- und zentraleuropäischen Wirtschaft. 5. Die Entschliessung über die Einladungen und den Vorbereitungsausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz.

Materiell stellt sich der Inhalt des Gläubigerabkommens mit Deutschland wie folgt dar: Deutschland erhält ein Totalmoratorium von drei Jahren. Danach hat es die Verpflichtung, drei Milliarden Reichsmark zu bezahlen, die in Form von Reichsschuldverschreibungen der BIZ in Basel als Treuhänder übergeben werden. Vom 1. Juni 1935 an können diese Schuldverschreibungen kommerzialisiert d.h. zum Verkauf auf den verschiedenen Geldmärkten aufgelegt werden in der Masse, wie es die Kreditlage Deutschlands gestattet und nachdem das wirt-

schaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Die Begebung der Reichsanleihe auf den auswärtigen Märkten kann immer nur in einer Höhe erfolgen, die jeweils der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Der Erlös steht den Gläubigern zur Verfügung. Ueber die Verteilung des Erlöses müssen die Gläubiger selbst entscheiden. Nur für die Beträge, die untergebracht sind, bezahlt Deutschland die Verzinsung von fünf Prozent und die Tilgung von einem Prozent. Für die Ausgabe der Schuldverschreibungen muss ein Mindestkurs von 90 Prozent erzielt werden. Sämtliche Schuldverschreibungen, die nach Ablauf von 12 Jahren noch nicht abgesetzt sind, werden als verfallen erklärt. Sollte ein Mindestausgabekurs von 90 Prozent nicht erzielt werden können, so kann er herabgesetzt werden durch einen Beschluss mit Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrats der BIZ. Gleichzeitig mit der Hinterlegung der Reichsschuldverschreibungen werden die 460 Millionen Reichsbahnobligationen, die bei der BIZ für die ungeschützte Young-Plan-Annuität aus dem Hoover-Moratorium hinterlegt werden mussten, an Deutschland zurückgegeben. Desgleichen die 65 Millionen Golddepots, die als Garantie für die deutsche Währung bei der BIZ hinterlegt sind.

Der Fortschritt, den Deutschland durch dieses Kompromiss von Lausanne erreicht hat, ist kein Verdienst der Regierung von Papen, sondern eine Notwendigkeit aus der verzweifelten Lage der Weltwirtschaft. Die amtierende Reichsregierung hat sich durch die eigene Schuld eine gänzlich überflüssige schwere politische Niederlage geholt. In finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung hat sie unter dem Eindruck dieser Niederlage nicht das erreicht, was etwa eine Regierung Hermann Müller oder Brüning zu erreichen vermocht hätte.

SPD. Die Bundespressestelle des Reichsbanners teilt mit :

Durch die Telegraphen-Union wird aus Frankfurt an der Oder eine Nachricht verbreitet, dass dort eine Verbrüderung zwischen Reichsbanner und Kommunisten stattgefunden habe. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Insbesondere stimmt die Mitteilung nicht, dass auf dem Magazinplatz in Frankfurt/Oder eine Abordnung des Reichsbanners mit den Kommunisten eine feierliche Verbrüderungsszene veranstaltet hat. Der kommunistische Redner Jaensch hat zwar eine derartige Behauptung aufgestellt, ohne dass auch nur in irgendeiner Form eine Berechtigung hierfür vorlage. Auch die von diesem Redner behauptete Einladung der Kommunisten zu einer Veranstaltung der Eisernen Front entspricht nicht den Tatsachen. Tatsache ist dagegen, dass die Kommunisten in Frankfurt an der Oder einen Vorschlag auf Burgfrieden zwischen SPD und KPD während des Wahlkampfes abgelehnt haben. Es kann also von einer Verbrüderung in keinem Sinne die Rede sein.

SPD. Weimar, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Thüringischen Landtag einen Antrag auf sofortige Auflösung des Landesparlaments eingebracht. Es ist damit zu rechnen, dass der Antrag angenommen wird. Es soll dann versucht werden die Neuwahl des Landtags mit der Reichstagswahl am 31. Juli vornehmen zu lassen.

SPD. Paris, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die genaue Lage des Wracks des U-Bootes "Prométhée" ist am Freitag-Vormittag mit Hilfe einer an dem Schiff befestigten Telefonboje festgestellt worden, die sich beim Sinken automatisch losgelöst hat. Das U-Boot liegt sieben Meilen vom Kap Levi entfernt in einer Tiefe von 75 Metern. Da die französische Marine nicht über Taucherausrüstungen verfügt, die in solchen Tiefen verwendbar sind, hat der Marineminister telephonisch den zurzeit in London weilenden Kommandanten der beiden italienischen Bergungsdampfer "Artiglio" und "Rostro", die vor kurzem den mit dem Dampfer "Egypt" gesunkenen Goldschatz gehoben haben, gebeten, die beiden Schiffe für das Rettungswerk zur Verfügung zu stellen. Der Kommandant hat sofort zugesagt und die Dampfer an die Unglücksstelle entsandt.

Man versucht zurzeit, mit Hilfe des ander Boje befindlichen Telefons mit der Besatzung des U-Bootes in Verbindung zu treten. Bisher haben diese Versuche keinen Erfolg gehabt. Wie die geretteten Besatzungsmitglieder, die sich zur Zeit der Katastrophe an Deck befanden, aussagen, ist es ihnen im letzten Augenblick gelungen, zwei der offenen Deckluken zu schliessen. Die dritte, die zum Offiziersraum führt, habe sich festgeklemmt. Es ist daher anzunehmen, dass das Wasser durch diese Luke ins Schiff eingedrungen ist, sodass wenig Hoffnung auf Rettung der Besatzung besteht.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung des Senats gedachte der Präsident mit einigen Worten des Unglücks und bat den Marineminister, der Marine und den Angehörigen der Besatzungsmitglieder das Mitgefühl des Senats auszusprechen. Der Minister dankte für diese Kundgebung und erklärte, er gebe trotz der kritischen Lage des U-Bootes noch nicht alle Hoffnung auf die Rettung der Besatzung auf.

SPD. Chemnitz, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Polizei verhaftete in dem SA-Heim in Annaberg im Erzgebirge zwei Nationalsozialisten, die unter dem Verdacht des Mädchenhandels stehen.

Die beiden SA-Leute hatten ein 24jähriges Mädchen, das sie in Thum anlockten, mit nach Annaberg genommen. Da das Mädchen ihnen seine Not klagte, versprachen die beiden Nazis ihm ein herrliches Leben in der Tschechoslowakei. In Annaberg gewährte die Leitung der Nazis den beiden SA-Leuten mit dem Mädchen Unterschlupf im SA-Heim. Am nächsten Morgen sollte der Schritt über die Grenze vor sich gehen. Ein Gesinnungsfreund der Nazis, dem der ungeheure Plan der Entführung bekannt geworden war, lief in seiner Angst zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Dadurch war es möglich, die beiden Entführer im SA-Heim zu verhaften.

SPD. Darmstadt, 8. Juli (Eig. Drahtb.)

Der hessische Landtag vertagte am Freitag die Wahl des Staatspräsidenten auf den 14. Juli.

Am Freitag stimmten für den Nazi-Landtagspräsidenten Werner als Ministerpräsident die Nazis, der Deutschnationale und die beiden Abgeordneten der Einheitsliste, insgesamt 35 Abgeordnete. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Staatspräsident Adeling, erhielt 17, Finanzminister Kirnberger vom Zentrum 10 und der kommunistische Abgeordnete Keil 8 Stimmen der KPD und der Spalter. Die von den Nazis dann verlangte Stichwahl wurde als nicht in der Verfassung begründet von allen übrigen Parteien abgelehnt. Einem weiteren Antrag der Nazis, einen zweiten Wahlgang vorzunehmen, stimmte auch das Zentrum zu, doch wurde die Sitzung vorher auf Wunsch der Nazis unterbrochen. Nach zweistündiger

Verhandlung zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und den Vertretern der Splittergruppen erfolgte die Vertagung der Staatspräsidentenwahl. Die Nazis boten dem Zentrum die Beibehaltung Kinnbergers als Finanzminister an, während sie selbst den Staatspräsidenten und Innenminister verlangten. Darauf ist das Zentrum, das offenbar bis nach der Reichstagswahl Zeit gewinnen möchte, nicht eingegangen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde mit den Stimmen der Nazis, der Kozis und des Zentrums der Nazi-Antrag auf Aufhebung des Verfassungstages als gesetzlichen Feiertag angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, bei der Reichsregierung gegen die Notverordnungen schärfsten Einspruch zu erheben, wurde bei Stimmenthaltung der Nazis angenommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Landtag unter Naziterror.

Severings Antwort - Das Lied der Kaschemmenbrüder.

SPD. Berlin, 8. Juli (Eig. Bericht)

Vor vielen Jahren warf einmal der "Simplizissimus" die ulkige Frage auf: "Was tut der bayerische Gesandte in der Schweiz?" Antwort: "Er zählt die Löcher im Schweizerkäse!" In ähnlicher Weise wäre heute die Frage berechtigt: "Was tut der Berichterstatter in einem Preussischen Landtag, der 162 SA-Brüder beherbergt und dessen Präsident ein Nazi-Kerl ist? Kann dieser Berichterstatter den Millionen von arbeitslosen, hungernden und leidenden Menschen und Wählern erzählen, wie diese nationalsozialistisch-kommunistische Landtagsmehrheit bemüht ist, das furchtbare Los der Müssigen und Beladenen zu verbessern und die Krise zu lindern, die das kapitalistische System über Land und Volk heraufbeschworen hat? Weit entfernt! Davon ist in diesem Landtag keine Rede, und wenn es eine Zuhilarbeit für die Vertreter der Presse gibt, so ist es: die Schimpfworte, die Gemeinheiten, Beleidigungen und Radauszenen zu notieren, in denen sich diese 162 Befreier und Erretter Deutschlands unablässig gefallen.

Zweimal ist am Freitag diese Landtagsitzung aufgefliegen und was sich während dieses ganzen Tages im preussischen Parlament abspielte, um diese Kaschemmenvorgänge zu schildern, dazu bedurfte es der Feder eines Shakespeare. Wir sagen nicht zuviel, wenn wir behaupten, dass sich die Mitglieder eines Ringvereins oder eines Unterweltklubs von Chicago schämen würden, wenn sich solche Vorgänge und solche Beschimpfungen jemals in ihren Versammlungslokalen abspielen würden.

Umso schlimmer, dass diese Vorgänge in der Freitagsitzung des Landtags nicht einmal echt waren. Ob Nazi-Rede von der Tribüne, Aufpeitschung und Blutrausch durch die Kube und Freisler, ob Chorgebrüll der Nazifraktion, angefangen vom Volkspensionär Prinz Auwi bis zum letzten SA-Schläger, ob Anrücken der gesamten Nazifraktion gegen die Bänke der Sozialdemokraten oder vereinzelter und gut verteilter Geschrei und Gebrüll: dahinter stand die Regie und alles zusammen war wohlgeordnetes Theater! Theater, um die Sozialdemokraten unter Druck und Terror zu setzen, damit sie gegen ihre Ueberzeugung stimmen sollten. Wozu? Um die Hitler'sche Papen-Verordnung gegen die Rentner und Witwen aufzuheben, um den Arbeitslosen Brot zu geben? Ach nein! Die Mörder und Totschläger der Hitler-Armee, die Verbrecher des Bürgerkrieges gegen die Arbeiterschaft sollten freigelassen werden.

Noch einmal stand dieses Amnestiegesetz der nationalsozialistisch-kommunistischen Landtagsmehrheit auf der Tagesordnung. Da es vom Staatsrat zurückgewiesen worden ist, war nunmehr zu seiner Annahme eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten erforderlich. Diesem Gesetz für die Freiheit der politischen Mörder hätte die Sozialdemokratie eine Amnestie für all jene Verurteilten entgegengestellt, die durch wirtschaftliche Not zu Verbrechen und in das Gefängnis getrieben worden sind. Unerachtet ist die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei dieser Auffassung und bei diesen ihren Beschlüssen geblieben, am Freitag sollte sie mit Gewalt und Terror davon abgebracht werden.

Kaum hatte die Sitzung begonnen, als auch schon die Drohungen und Gemeinheiten angingen. "Schamlose Lüge und sozialdemokratischer Bonzenschwindel" soll es sein, dass die sozialdemokratischen Frauen und Mütter des Landtages in der unflätigsten Art von Naziabgeordneten beschimpft worden sind. "Eidesstattliche Versicherungen" wollen diese Schimpfbolde abgeben, dass sie nie diese Aussagen getan haben. Der Schaum steht dem Naziredner Freisler vor dem Mund, und unter drohendem Gebrüll rückt die Nazifraktion gegen die linke Seite des Hauses. Die sozialdemokratische Führung, die Provokationsabsicht erkennend, gibt den sozialdemokratischen Abgeordneten die Anweisung, auf keine Beschimpfung zu antworten. Die sozialdemokratischen Frauen haben auf die Ablehnungsversuche der Nazifraktion bereits eine gemeinsame Antwort gegeben, die wir an anderer Stelle im Wortlaut wiedergeben.

Immer wieder apritzt die Schmutz- und Schimpfwelle gegen die Sozialdemokraten. Immer gefährlicher und gereizter wird die Stimmung und nur mit grosser Mühe sind einzelne Sozialdemokraten zurückzuhalten. Alle Viertelstunde droht die Schlacht auszubrechen. "Halt mich, oder ich bring ihn um" - und Nazipräsident Kerri hält die Raufbolde fest und mahnt sie stets und im richtigen Augenblick, wieder auf ihre Plätze zurückzugehen. Immer neue Provokationen und Brandreden, je weiter die Abstimmung über die Amnestie näherrückt. Justizminister Schmidt wird niedergebrüllt. Die Sitzung fliegt auf.

Wieder ist Freisler auf der Tribüne. Verliert wie ein Irrsinniger, in Frankfurt a. Main sei ein Naziabgeordneter soeben verhaftet worden. Bessert sofortige Freilassung, und er droht den übrigen Parteien, ja nicht zu wagen, gegen diesen Antrag Einspruch zu erheben. "Wer wagt es, Rittermann oder Knapp" - rufen die Nazis zu den anderen Parteien. Bereits sind die SA-Schläger angetreten. Da stimmen die Kommunisten mit den Nazis für die Freilassung des verhafteten Nazimannes. Der Antrag ist angenommen. Neuer Antrag: sofortige Verhaftung und Anklage gegen den Frankfurter Polizeipräsidenten!

Grzesinski ist jetzt im Saal. Das gibt Anlass, den Ehrenmann Freisler wieder vorzuschicken, der die sofortige Entlassung und Verhaftung des Berliner Polizeipräsidenten, des Vizepräsidenten und des Polizeiobersten Heimannsberg verlangt, weil sie der Mordanstiftung verdächtig seien. Nicht wiederzugebende Schimpfkanonaden gegen Grzesinski und Severing folgen. Severing soll vor dem Haus erscheinen und sich verantworten.

Auf der Pressetribüne sitzen bereits seit Stunden die Photographen und Filmoperateure, um die Schlacht aufzunehmen, deren Ausbruch jetzt wieder auf der Messers Schneide steht. Die Mittelparteien haben zum grössten Teil ihre Bänke verlassen. In diesem Augenblick meldet sich Grzesinski zum Wort. Mitten im Sturm steht er auf der Tribüne, zuckt mit keiner Wimper und mit kräftigen Worten weist er die Angriffe zurück. Mehrmals umtobt ihn minutenlang das Heulen und Toben der Unterwelt. Prinz Auwi, in Erinnerung an seine einst von der Königsberger Polizei empfangene Abreibung mit dem Gummiknüppel, das edle Reis vom Hohenzollernstamm, ist der wildeste Hetzer und Schreier. Aber Grzesinski spricht und empfängt den stürmischen Beifall der Sozialdemokratie. Während dieser kurzen Rede erscheint Severing und begibt sich auf seinen Abgeordnetensitz. Noch einmal Kuhfladen des Herrn Kube, weil sich auf der Strasse die Menschen sammeln und deshalb die Polizei verstärkt worden ist, und jetzt hat Severing das Wort.

Totenstille im Saal. Ruhig und gemessen geht Severing an den Nazibänken vorbei, nicht auf die Rednertribüne, zu seinem Ministerplatz, der sich unmittelbar vor den Bänken der Nazis befindet. Wenige Sätze, und die Abstrafung und Zählung der Widerpenatigen beginnt. Lächelnd wehrt Severing die Zwischenrufe ab, um dann mit vollendeter Würde und Gelassenheit den vor ihm sitzenden SA-Männern zu sagen: solange er sein Amt besitze, werde ihn keiner abhalten, seine Pflicht zu tun, zu der es auch gehöre, sich schützend vor seine Beamten zu stellen, wenn sie ungerecht angegriffen werden. "Der hier angegriffene Frankfurter Polizeipräsident ist seit 14 Tagen krank und ausserhalb Frankfurts, der Naziabgeordnete ist verhaftet worden, weil er von der Polizei angetroffen wurde, als er die Gesetze übertrat, und hätte er, der Minister, die beschimpfende Begründung des Antrages gelesen, so wäre der Verhaftete nicht freigelassen worden, trotz nationalsozialistisch-kommunistischem Mehrheitsbeschluss. Der Staat soll jetzt diesem Freigelassenen ein Flugzeug stellen, damit er nach Berlin kommen könne? Das können Sie, ruft er den tobenden Nazimännern zu, verlangen von wem Sie wollen. Nur nicht von mir." Ausser Nazis und Kommunisten hat sich das ganze Haus erhoben und bringt Severing eine minutenlange Ovation! Ruhig und gelassen schreitet der bescheidene weisshaarige Mann herunter in den Saal, vorbei an den Nazibänken, einige Zurufe. Severing bleibt vor den Nazileuten stehen, lächelt fragend, und geht weiter. Die Nazis wissen nicht ein und aus und sitzen geschlagen auf ihren Bänken.

Kerri ruft schnell zur namentlichen Abstimmung. 244 Nazi, Kommunisten und Deutschnationalen sind für die Nazi-Amnestie, 155 Stimmen dagegen. Keine Zwei-

drittelmehrheit! Abgelehnt! Kube rast auf das Podium, ruft zu seinen Mannen: "Aufstehen! Schluss mit dem faulen Zauber!" Kerri flüchtet aus dem Saal. Es gehen alle anderen Parteien, und allein bleibt nur die sonderbare Mehrheit, die den ganzen Tag über bei jeder Abstimmung und bei jedem Antrag Schulter an Schulter gestanden hat. Drüben stimmt die Nazifraktion ihr Lied an, ihre Tribünenbesucher singen mit - hüben die Kommunisten, dirigiert von Pieck, unter dessen Takt sie die "Internationale" in den Saal schmettern. Die SA-Männer haben aber grössere Kehlen, nur ab und zu sind einige Worte jener Melodie zu vernehmen, die allen Müssigen und Beladenen der ganzen Erde heilig und wohl nie bei einer so entwürdigenden und in einer so unwürdigen Gesellschaft gesungen worden ist.

Die Sitzung ist aufgefliegen. An dem sozialdemokratischen Amnestievorschlag haben die Träger der Notverordnungsjacken kein Interesse. Jene, die aus Hunger und leiblicher Not und vom Kapitalismus in das Gefängnis getrieben worden sind, die unschuldig schuldig gewordenen Väter, Söhne und Ernährer ihrer Familien, die sollen ruhig weiter schmachten und gefangen bleiben. Im "Kaiserhof" und in den Braunen Häusern lebt es sich herrlich in der Welt! Auch Prinz Auwi, der Volkspensionär, hat keine Not, und mit ihm nicht die Grafen und Barone, die SA-Führer, und alle, denen Herr von Papen ein guter Mann ist!

SPD. London, 8. Juli (Eig.Drahtb.)

Die englische Regierung wurde am Freitag vom Unterhaus mit 222 gegen 30 Stimmen ermächtigt, die von Irland verweigerten Gelder durch Erhebung einer Umlage auf die Einfuhr aus Irland einzuziehen. Minister Thomas wiederholte, dass die englische Regierung nach wie vor bereit sei, die Frage, ob ein englisch-irischer, zur Zahlung verpflichtender Vertrag bestehe und ob dieser Vertrag bindend sei, einem Schiedsgericht zu unterbreiten, doch müsse dieses nur aus Mitgliedern des Empire zusammengesetzt sein. Die englische Regierung wolle zurückhaltend sein in der Anwendung des Zollkrieges gegen Irland, aber das neue Machtmittel solle auch kein reines Drohmittel bleiben, sondern angewandt werden, wenn Irland im letzten Augenblick nicht einlenke.

SPD. Hitler hat neuerdings die 120 Zimmer des Münchener Hotels "Reichsadler" früher Savoy, für einige Jahre gemietet, um hier die Bürokratie seiner Reichsleitung unterzubringen.

SPD. Bochum, 8. Juli (Eig.Drahtb.)

Vor der ersten Strafkammer des Schöffengerichts Dortmund begann am Freitag der Prozess gegen die beiden früheren Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen Dr.Krone und Dr.Fischer. Die Anklage lautet gegen beide auf Untreue in fortgesetzten Handlungen, ferner auf Betrug und Vergehen gegen § 314 des Strafgesetzbuches. Die beiden Generaldirektoren hatten sich trotz riesiger Gehälter von Banken Darlehen zu einem Hausbau geben lassen, die bei Krone auf 700 000 Mark und bei Fischer auf 500 000 Mark anwuchsen, ohne dass Aufsichtsrat bzw. der Vorstand davon wussten. Sie wollen als Grenze der Darlehen 300 000 bzw. 200 000 Mark genannt haben.

Krone steht weiter unter Anklage wegen einer Reihe von Aktien- und Effekten-geschäften, die den Vereinigten Elektrizitätswerken einen Verlust von 80 000 Mark brachten. Auch Fischer spekulierte sehr verlustreich mit Geldern der Elektrizitätswerke, die aus einer amerikanischen Anleihe stammten.

Aus aller Welt

Der Astronom von Schönow.

Die kleinste Sternwarte der Welt - Ein Arbeiter treibt Himmelsforschung -
Wissenschaft auf dem Dorf.

SPD. In bunten Gärten stehen die kleinen Häuschen der Siedlungskolonie Schönow bei Berlin. Eines von ihnen fällt auf den ersten Blick auf - es trägt über einem Anbau eine weisse Kuppel. Das ist die kleinste Sternwarte der Welt!

Richard Jakob, der Bewohner des Häuschens mit der Kuppel, ist ein Mann Mitte der Vierzig, mit dem klugen Gesicht, den lebhaften Bewegungen des intelligenten Facharbeiters. Von Haus aus ist er Maschinenschlosser. Aber seine Wünsche reichten von jeher weiter, zu den Sternen hinauf - er hatte es sich seit frühester Jugend in den Kopf gesetzt, einmal Astronom zu werden. Und er hat es auch geschafft.

Im Technikum, aus Büchern, auf Montageraisen lernte er die Welt kennen, weitete er seinen Gesichtskreis und studierte die Zusammenhänge des Naturgeschehens. Zugleich sparte er jede entbehrliche Mark seines Gehaltes und begann, sich Stück um Stück jene Dinge anzuschaffen, die für seinen zukünftigen Beruf erforderlich waren. Niemand half ihm dabei, und wenn er seinen Kameraden erzählte, er wolle sich eine Sternwarte bauen, so lächelten sie mitleidig.

Endlich war er so weit, dass er sich ein kleines Grundstück in Schönow erwerben konnte. Die Gegend wählte er absichtlich drei Dutzend Kilometer von Berlin entfernt, weil der Dunst, der ständig über der Grosstadt lagert, die astronomischen Beobachtungen sehr erschwert. Er begann sein Häuschen selbst zu bauen - Maurermeister, Zimmermann, Architekt und Steinträger in einer Person...

Als das Häuschen stand und gerade zur Not bewohnbar war, machte er sich sofort an den wichtigsten Teil seiner werdenden Sternwarte: das Fernrohr. Nun musste er die Geheimnisse der optischen und feinmechanischen Kunst erlernen, um einen Refraktor zu bauen, der den wertvollen, viele Tausende von Mark kostenden Instrumenten der Grossfirmen ebenbürtig war. Schraube um Schraube, Linse um Linse wurde angeschafft und zusammengebaut. Vier Jahre erforderte diese Arbeit.

+

Richard Jakob führt uns in sein "Observatorium" - einen winzigen Raum unter der Kuppel, beherrscht von dem selbstgebauten Fernrohr. Es steht auf metertief zementiertem Grund, ausgerüstet mit allen Schikanen modernster wissenschaftlicher Forschungstechnik: ein Uhrwerk ermöglicht es, dem Lauf der Gestirne automatisch zu folgen; eine Astrokamera ist für fotografische Aufnahmen vorgesehen; die präziseste Feineinstellung ist durch komplizierte Mechanismen zu erreichen. Dieser Refraktor vergrössert bis zu 260 mal, erlaubt also Beobachtungen, wie sie wohl kein anderer Amateur in solcher Zuverlässigkeit machen kann.

Als das Fernrohr endlich fertig war, fehlte noch die Drehkuppel über der Minatursternwarte. Ein Jahr dauerte es, bis Jakob sie in mühevoller Arbeit vollendet und aufmontiert hatte, samt den Hebeln, Drahtseilen und Gewinden, die dazu dienen, um die Kuppel nach allen Himmelsrichtungen zu drehen und nach Belieben zu öffnen.

Bis zur Vollendung seiner Arbeit hatte Jakob Verdienst in seinem Beruf gefunden, seiner Liebhaberei hatte er sich am Abend und am Sonntag gewidmet. Jetzt hatte er plötzlich den ganzen Tag Zeit dazu - allerdings recht unfreiwillig: die Krise machte sich in seiner Firma fühlbar, man baute ihn ab.

Aber sein Eifer war ungebrochen. Er belastete sein Häuschen mit einer Hypothek, sparte noch mehr und schaffte sich Bücher, Berechnungstafeln, Zusatzinstrumente an. Nun endlich konnte er mit systematischen Beobachtungen beginnen.

Richard Jakobs Liebhaberei wurde zur ernstesten wissenschaftlichen Forschung. Er trat einem astronomischen Arbeitskreis bei, der achtzehn Amateurstationen umfasst und die Sternwarte der Züricher Technischen Hochschule mit Material über Sonnenflecken beliefert. Diesem Spezialgebiet gilt die besondere Arbeit Jakobs; er ist der einzige Beobachter in der norddeutschen Tiefebene, der sich im Rahmen des Züricher Programms mit Sonnenfleckenforschung befasst. Seine Tabellen und Fotos werden über die Berliner Sammelstelle der Arbeitsgemeinschaft nach Zürich weitergeleitet und dort registriert.

Ein erstaunliches Wissen spricht aus den Worten des Arbeiterastronomen, mit denen er uns sein Forschungsgebiet erläutert. Er spricht mit geschlossenen Augen, als erblicke er im Geiste den Kosmos und seine ewigen Gesetze. Er erzählt von den Perioden der Sonnenflecke, von ihrer Rückwirkung auf die Nordlichterscheinungen der Erde, die Jakob sogar von Schönow aus einige Male beobachten konnte; von den Erdbeben, die ebenfalls in unmittelbarem Zusammenhang mit den Fleckenperioden stehen. Jakob wird oft eingeladen, in den Arbeiterbildungsvereinen seines Dörfchens und der umliegenden Kleinstädte Vorträge zu halten, die er stets fesselnd und verständlich auszuarbeiten weiss. Die paar Mark, die Jakob auf diese Art verdient, müssen zum Unterhalt der Sternwarte beitragen. Dann kommen aber auch täglich Besucher, die das kleine Wunder von Schönow besichtigen wollen - sie entrichten die wenigen Pfennige, die ihm über die bittere Zeit der Arbeitslosigkeit hinweghelfen sollen, gern als Eintrittsgeld. Dafür finden sie einen vielwissenden, auf seinem Gebiet ausgezeichnet beschlagenen Astronomen, der sich auf der Himmelskuppel so gut auskennt wie unsereiner in der eigenen Hosentasche. Die Kunde von der kleinsten Sternwarte der Welt spricht sich immer mehr herum; oft kommen ganze Schulklassen samt Lehrer, Bildungsvereine, ja sogar Professoren und Studenten. Aber die eigentliche Arbeit Jakobs ist unberührt von materiellen Interessen und Einnahmen, sie gilt der reinen Naturerkenntnis und soll kein Erwerbsmittel sein. Manchmal kommen aber auch ältere Damen und fragen flüsternd, ob ihnen Herr Jakob nicht ein Horoskop stellen könnte... Dann muss der Astronom ihnen einen kleinen Privatvortrag darüber halten, dass die Himmelskunde, wie er sie für die Wissenschaft betreibt, nichts zu tun hat mit Wahrsagerei und Hellsehen...

L.

Weltflieger gelandet. Die in Moskau vergeblich erwarteten amerikanischen Weltflieger Mattern und Griffin hatten bei Barisow an der polnisch-russischen Grenze, in der Nähe von Minsk, infolge Steuerbruchs eine Notlandung vornehmen müssen. Mattern und Griffin sind mit leichten Quetschungen davon gekommen. Sie haben die Reise nach Moskau per Bahn fortgesetzt. Ihr Versuch, Post und Gatty zu schlagen, ist nun vorerst gescheitert.

Acht Blitzopfer. In Tuchel (Westpreussen) wurden acht Personen, unter ihnen zwei Kinder, durch Blitzschlag getötet.

Kinokrise. In den letzten Wochen haben in Berlin über 100 Lichtspieltheater bis auf weiteres geschlossen. Infolge der ungeheuren Wirtschaftsnot ist die Besuchszahl der Kinos gegenüber vorigen Sommer um etwa 40 Prozent zurückgegangen.

+ + +
Flugzeugkatastrophe. Im Atlasgebirge (Marokko) stürzten zwei französische Militärflugzeuge ab. Zwei Offiziere und ein Unteroffizier fanden den Tod, ein Unteroffizier erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Man vermutet, dass die Maschinen durch aufständische Eingeborene in Brand geschossen worden sind.

+ + +
Rätsel des Todes. Vom Erweiterten Schöffengericht in Traunstein (Oberbayern) wurde der dreiundzwanzigjährige Josef Westenhuber in Rahmen einer aussergewöhnlich merkwürdigen Kriminalaffäre wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 19. März d. Js. war Westenhubers Vater, Michael W., der zweite Geschäftsführer des Konsumvereins Reichenhall-Traunstein, in der Nähe seines Wohnhauses in Freilassing erschossen aufgefunden worden. Da bei dem Leichnam die um 1500 Mark Kassengelder erleichterte Aktentasche Michael Westenhubers lag, vermutete man, dass Raubmord vorliege. Es hat sich dann aber später herausgestellt, dass Michael Westenhuber wegen materieller Notlage Selbstmord begangen hat. Er soll jedoch - wenigstens nach Meinung der Staatsanwaltschaft - vorher mit seinem Sohn vereinbart haben, mit dessen Unterstützung einen Raubmord vorzutäuschen. Die Anklage gegen den der Beihilfe beschuldigten Sohn unterstellt, dass der Vater seine Familie in den Genuss einer vorher eingegangenen Lebensversicherung bringen wollte. Nach der kriminalpolizeilichen Ermittlung hat der Sohn die Selbstmordwaffe vom Tatort entfernt und die einkassierten Kassengelder aus der Aktentasche herausgenommen.

Nach eingehender Beweisaufnahme kam das Gericht zu der Auffassung, dass für die Absicht des Versicherungsbetruges kein einwandfreier Beweis erbracht sei. Das Gericht rechnete - im Gegensatz zum Staatsanwalt - mit der Möglichkeit, dass für den Selbstmord des Vaters des Angeklagten auch andere Motive massgebend gewesen sein können.

+ + +
Drei Kinder erstickt. In der ungarischen Gemeinde Szarvas wurden drei Kinder im Alter von 4, 6 und 9 Jahren in einer Sandgrube verschüttet. Alle drei Kinder erstickten.

+ + +
Psychologiekongress. Vom 22. bis 27. August findet in Kopenhagen der 10. Internationale Kongress für Psychologie statt. Es sind nicht weniger als 150 Vorträge vorgesehen.

+ + +
Schrecker - Schünemann. Der Direktor der Hochschule für Musik in Berlin-Charlottenburg, Professor Franz Schrecker, ist von seinem Posten zurückgetreten. Sein Nachfolger wird der bisherige stellvertretende Direktor Dr. Georg Schünemann. Professor Schrecker wurde auf eigenen Wunsch eine Meisterklasse für musikalische Komposition bei der Akademie der Künste übertragen. Als Präsident der Akademie der Künste hat nunmehr das preussische Staatsministerium den neu gewählten Generalmusikdirektor Professor Dr. h. c. Max von Schillings für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1935 bestätigt.

+ + +
Feuer im Schiff. Der im Hafen Hamburg-Waltershof liegende Hapagdampfer "Oliva" (8000 Tonnen) wurde durch Feuer stark beschädigt. Ein Seemann erlitt schwere Brandverletzungen.



Wer rettet den Sozialschutz?

SPD. Dem deutschen Arbeiter geht es schlecht, aber er hat viele Freunde. Sie nehmen von Tag zu Tag zu. Seitdem die Regierung der Hitlerbarone am Ruder ist, entdecken Leute, von denen man es nie für möglich gehalten hätte, ihr arbeitsfreundliches Herz. So sind zurzeit die Organe der Grubenherren in grosser Sorge um die Sozialversicherung. Jahrelang haben sie die Reparationspresse des Auslandes förmlich auf die deutsche Sozialunterstützung gehetzt, und der Reparationsregierung haben sie das böse Wort vom Wohlfahrtsstaat förmlich vorgekauft - jetzt aber haben sie Angst um den Arbeiter - Angst, die Festsetzung einer Reparationsrestsumme könne die deutsche Sozialversicherung gefährden. Der ungünstige Altersaufbau der deutschen Bevölkerung, so jammert die Deutsche Bergwerkszeitung, werde sich erst in den nächsten Jahren in seiner ganzen Tragweite auswirken, an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes in allen seinen Schichten müssten weiterhin die grössten Anforderungen gestellt werden, um das Heer der Alten und Schwachen vor der gänzlichen Verelendung zu bewahren, da alles verfrage sich nicht mit der abermaligen Uebernahme von Reparationsverpflichtungen, sei es auch erst nach Ablauf einer Schonfrist.

Schlimm für die Regierung der Hitlerbarone, dass ihre eigenen Organe vor einer falschen Reparationspolitik warnen müssen. Für die Arbeiterschaft ist jedoch die Situation klar: sie weiss, dass die rettung der Sozialversicherung nur dann möglich ist, wenn die Wahlen dem Faschismus eine Niederlage bringen; denn wie auch die Würfel in der Aussenpolitik fallen mögen: der Sozialschutz muss in dem durch die politische und wirtschaftliche Entwicklung Deutschland gezogenen Rahmen Ehrensache bleiben. Haben die Arbeiter in der deutschen Politik mitzusprechen, dann wird die deutsche Sozialversicherung erhalten bleiben. Bestimmen dagegen Schwerindustrie und Faschismus, dann wird die Sozialversicherung die Zeche bezahlen müssen, wenn Deutschland aussenpolitisch eine Pleite zu verzeichnen hat, und auch ohne aussenpolitische Pleite ist dann die Sozialversicherung keineswegs gesichert. Wir zahlen ja schon lange keine Reparationen und haben trotzdem einen ganz empfindlichen Sozialabbau. Warum? Weil seit dem Anstieg des Faschismus der Arbeiter die Last der Kriegslasten und die Folgen einer genialen Wirtschaftsführung allein tragen soll.

Das Schicksal der deutschen Sozialversicherung steht also, wie man sieht, ganz besonders bei den kommenden Wahlen mit auf dem Spiel. Auch der neue Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Grieser, wird die Sozialversicherung, die er zu einem guten Teil fortbilden und ausbauen half, nicht retten können, wenn er sich nicht wenigstens indirekt auf den organisierten Arbeiter, d.h. auf die Gewerkschaften stützen kann. Die Gestaltung seiner Reformpläne hängt von der politischen Machtgruppierung ab. Bis jetzt scheint er persönlich im grossen und ganzen auch im neuen Kurs auf dem Gebiet der Sozialversicherung die von Stegerwald skizzierte Linie halten zu wollen. Wenigstens lassen die von ihm dieser Tage auf der Tagung des Gesamtverbandes der Krankenkassen, d.h. des auf christlich-nationalem Boden stehenden Kassenverbandes, gemachten Angaben über seine Reformpläne darauf schliessen. Das Versicherungsrecht, so erklärte Grieser nach Pressemitteilungen, müsse wieder in Einklang gebracht werden mit den tatsächlichen Verhältnissen und Möglichkeiten. Dem eingeschrumpften Wirtschaftsapparat müsse eine

Konzentration im Bestand und in den Aufgaben der Versicherungsträger entsprechen. Die eingetretene Verschiebung zwischen Machtbefugnissen und Verantwortung müsse ausgeglichen werden. Das gelte vor allem für die Invalidenversicherung und landwirtschaftliche Unfallversicherung, für deren Zahlungsfähigkeit das Reich hafte, während Länder- und Gemeindeverbände sich von dieser Haftung befreit hätten, aber noch erweiterte Machtbefugnisse besäßen. Nur durch die Erweiterung des Solidaritätsprinzips auf verschiedene Zweige der Sozialversicherung hätten ihre Leistungen erhalten werden können. Auf Grund der Ermächtigung der Reichsregierung zur Vornahme organischer Änderungen in der Sozialversicherung sei aber nicht, wie vielfach behauptet werde, eine Zentralisierung der Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Invalidität geplant. Nur Auswüchse des Sondergeistes müssten beschnitten werden. Bei der im Krankenkassenwesen geplanten Konzentration werde das Optimum der Verwaltungstätigkeit bei den Kassen mittlerer Grösse zu suchen sein. Eine starke Konzentration bei den Berufsgenossenschaften werde hoffentlich durch freiwillige Vereinbarung zustande kommen. Andernfalls werde das Reich von seiner Ermächtigung Gebrauch machen.

Griesers Andeutungen sind im ganzen zurückhaltend und an einigen Stellen dunkel wie ein Orakel. Angesichts der unklaren politischen Gesamtlage ist das begreiflich. Dass Grieser in der Krankenversicherung nur eine Konzentration innerhalb der Kassenarten anstrebt, ist nichts Neues. Wenn er bei den Krankenkassen das Optimum der Verwaltungstätigkeit bei Kassen mittlerer Grösse sucht, so passt das schlecht zu den Forderungen der Nazis, den Stützen der Reichsregierung; denn diese fordern ja nichts anderes als eine berufsständige Versicherung mit dem Ziel einer Bildung möglichst kleiner Krankenkassen. Sie stimmen auch hier - wie nicht anders zu erwarten - mit den Unternehmern überein. Neu ist auch nicht die Forderung nach Konzentration bei den Berufsgenossenschaften. Sie stammt bereits von Stegerwald und ist noch immer nicht verwirklicht.

Dr. Grieser schloss seine Ausführungen auf der Tagung des Gesamtverbandes der Krankenkassen mit dem Hinweis, die Sozialversicherung stehe unter dem besonderen Schutz der Reichsverfassung und das müssten sich auch alle Gegner merken. Richtig. Aber nur wenn bei den Reichstagswahlen die Freunde der Verfassung siegen, wird der Verfassungsschutz für die Sozialversicherung bestehen bleiben.

SPD. Der Reichstarifvertrag für das deutsche Bankgewerbe bleibt zunächst unverändert in Geltung. Der Vertrag kann, wie die Parteien vereinbart haben, erstmalig zum 31. Dezember d. J. unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten gekündigt werden.

SPD. Der Beschäftigungsgrad der französischen Industrie hat sich in den letzten Monaten etwas gehoben. Zur Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit lässt das französische Ministerium durch die Gewerbeinspektoren und staatlichen Grubeningenieure jeden Monat eine Untersuchung über die Zahl der Arbeiter und über die Arbeitszeit in den Betrieben vornehmen, die bei normalen Verhältnissen mindestens hundert Personen beschäftigen. Es gibt rund 8 500 Betriebe dieser Art, deren normale Belegschaften etwa 2 850 000 Mann umfassen. Aus den Anfang Juni angestellten Erhebungen ergibt sich, dass die Belegschaften um 13,37% gegenüber den Belegschaften von Anfang Juni 1931

geringer sind. Da im Juni 1931 in den erwähnten Betrieben rund 2 648 000 Arbeiter beschäftigt waren, sind also 353 837 Arbeiter brotlos geworden. Der höchste Prozentsatz wurde im April festgestellt; er betrug im Vergleich zu dem vom April 1931 14,94%.

Der Prozentsatz der nicht voll beschäftigten Arbeiter belief sich Anfang Juni auf 51,08%, d.h. von den 2 294 163 tätigen Arbeitern waren 1 171 858 weniger als 48 Stunden beschäftigt. Der höchste Prozentsatz der Kurzarbeiter war im März mit 56,35% zu verzeichnen. Von den 1 171 858 Kurzarbeitern fehlten aber nur 192 251 mehr als zwei Tage in der Woche. 330 818 Arbeiter waren ein bis zwei Tage und die übrigen 648 789 höchstens einen Tag unbeschäftigt. -

Gegenüber der Verwendung ausländischer Arbeiter nimmt die Regierung eine scharf ablehnende Haltung ein. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, wurden, wie der Arbeitsminister Dalimier dieser Tage in der Kammer mitteilte, alle neuen Einwanderungen unerbittlich abgelehnt. Im Mai 1930 zählte man 16 440 Zuwanderungen, 1931 noch 12 400, im Mai 1932 dagegen nur noch 309 Zuwanderungen. Während des ganzen Jahres 1931 sind 168 000 ausländische Arbeitskräfte abgewandert, während der ersten fünf Monate dieses Jahres allein bereits 124 000. Die zugewanderten Arbeitskräfte, die in Frankreich ein Asyl gefunden haben, werden jedoch, wie der Arbeitsminister unter dem Beifall der Linken betonte, nicht den Diktatoren ihrer Länder ausgeliefert.

SPD. Bisher hiess es immer, dass reine Produktionsarbeit wie Erzeugung von Gütern etc. nicht in das Gebiet des Freiwilligen Arbeitsdienstes einbezogen würden. Nur solche Arbeiten, die in der heutigen schweren Wirtschaftskrise aus Mangel an Geldmitteln nicht vorgenommen werden könnten, dürften dem Freiwilligen Arbeitsdienst zur Ausführung überlassen bleiben. Neuerdings will man anscheinend jedoch mit dem Freiwilligen Arbeitsdienst auch auf das Gebiet der Gütererzeugung übergreifen. So hat die Gemeinde Drochtersen an das Landesarbeitsamt Nordmark in Hamburg den Antrag gestellt, die Herstellung von 1500 000 Klinkern, die bei Wegebauten im Freiwilligen Arbeitsdienst Verwendung finden sollen, ebenfalls als Freiwilligen Arbeitsdienst anzuerkennen.

Dass solche Anträge kommen würden, war vorauszusehen. Sie können nicht scharf genug zurückgewiesen werden, weil die Bewilligung solcher Arbeiten schliesslich dazu führt, dass mit der Zeit jede reguläre Arbeit vom Arbeitsmarkt verschwindet. Im übrigen haben wir es hier mit Experimenten zu tun, die auch für die Arbeitgeber recht bedenkliche Folgen haben können. So hat vor kurzem der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Dr. Syrup in einem, im "Arbeitgeber" erschienenen, Aufsatz über die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen ausdrücklich vor einer Ausdehnung des Freiwilligen Arbeitsdienstes auf die Material- Rohstoffherstellung gewarnt. Syrup schreibt: "Wenn man aber in den Freiwilligen Arbeitsdienst die Material- und Rohstoffherstellung einbeziehen wollte, wenn wir ihn also in Steinbrüchen, Ziegeleien, Zementfabriken, Sägewerken, Eisenkonstruktionswerkstätten und dergl. einführen würden, so würde dieser Eingriff des Arbeitsdienstes in die privatwirtschaftlichen Verhältnisse grosse grundsätzliche Bedeutung und sehr ernste Folgen für die Privatwirtschaft haben. Daran ändert auch nichts der immer wieder erfolgende Hinweis auf die in Bulgarien durchgeführte Arbeitsdienstpflicht. Die Voraussetzungen sind dort ganz andere und lassen sich auf deutsche Verhältnisse nicht so übertragen wie dies nur zu leicht in Unkenntnis der Sachlage getan wird."



Missbrauch der Osthilfe.

Durch Reichslandbundführer und Nazibarone.

SPD. Das Reich hat im Laufe der Jahre, im Rahmen der Osthilfe, der Umschuldung, des Sicherungsverfahrens usw., Riesensummen zur Verfügung gestellt, um die Landwirtschaft Ostdeutschlands zu retten. Schon als man mit der ganzen Aktion anfang, drang die Sozialdemokratie darauf, dass die Reichsgelder auch wirklich zur Sanierung der Landwirtschaft verwandt und Missbräuche ausgeschaltet werden. Darüber hat man sich hinweggesetzt. Schon nach kurzer Zeit musste eine Reichsstelle, der Rechnungshof, unerhörte Missbräuche mit der Osthilfe feststellen. Die Grossgrundbesitzer, die das flache Land politisch beherrschen, haben sich die Taschen gefüllt. Die Kleinen sind leer ausgegangen. Wie schamlos dieses Geschäft betrieben wurde und betrieben wird, dafür nur einige Beispiele.

+ + +
Wenn man die einzelnen Fälle des Missbrauchs der Osthilfe und der Umschuldung sichtet, dann tauchen immer wieder Namen auf, die in der gross-agrarischen Bewegung, im Reichslandbund, eine führende Rolle spielen. Da ist z.B. der Reichslandbundpräsident Eberhard Graf Kalckreuth, der in seiner landwirtschaftlichen Praxis blamablen Schiffbruch erlitten hat, aber seit geraumer Zeit durch einfach kindische Kundgebungen an alle möglichen Stellen die von ihm vertretene Organisation lächerlich macht. Da ist weiter der deutsch-nationale Abgeordnete von Plewe (Dwarischken). Dieser Ehrenmann setzte bei der Regierung durch, dass sogar die bereits mit öffentlichen Mitteln umgeschuldeten Betriebe in das Sicherungsverfahren eingezogen werden dürfen. Der deutsch-nationale Abgeordnete von Plewe war natürlich einer von den ersten, die in Ostpreussen das Sicherungsverfahren beantragten. Der famose Präsident der Landwirtschaftskammer Grenzmark, Herr Wagner, wirtschaftete seinen Betrieb in Grund und Boden. Kein Wunder, wenn der Herr Präsident in Berlin, anlässlich einer "Grünen Woche" 80 000 Mark verspielte.

Das sind so Zeichen von der Not der Grossagrarien. Himmel und Hölle haben diese Leute in Bewegung gesetzt, um Reichsgelder locker zu machen. Auf Nation und Patriotismus, auf Vaterland und den Osten, der zum Kiefernwald zu werden drohe, wurde dabei verwiesen. Nachdem sich das Reich breitschlagen liess, stellt sich heraus, welcher Egoismus bei dieser Politik mitsprach. Eigene Vorteile wurden verfolgt. Anderweitig nennt man das Korruption? Aber hier scheint's eine reichslandbundliche geduldete und genehmigte Korruption zu sein.

Die sattem bekannte Burggrafenfamilie Graf Dohna-Willkühnen hat allein 400 000 Mark Reichsgelder erhalten. Sie sind bis auf die letzte Zechine verloren. Dabei balbierte der Burggraf die Regierung nach Strich und Faden über die Löffel. Er machte falsche Angaben und liess das Gut in der Zwangsversteigerung durch die Treuhandstelle erwerben. Dieser Treuhandstelle hat dann der Graf neue Auszahlungen und Zuschüsse in Höhe von 1/2 Millionen Mark aufgehalst. Diesem vertrauenswürdigen Sprössling soll der Betrieb unter dem neuen Osthilfekurs zurückgegeben werden. Es eröffnen sich also allerhand Aussichten.

+ + +

Die Familie Kapp in Pilzen, Kreis Preussisch-Eylau hat dem Reich bei der Zwangsversteigerung des in Frage kommenden Gutes rund 200 000 Mark Bürgerschaftsverluste gekostet. Ausserdem erhielt die Familie weitere 30 000 Mark Zuschüsse. Das Gut wird der Familie Kapp zurückgegeben. Wahrscheinlich für die treuen Dienste des Putschisten Kapp am Vaterlande.

Der General Hell, Gross-Grieben, Kreis Osterode. Infolge völlig unkaufmännischer Wirtschaftsführung gelangt der Betrieb, der 205 000 Mark Umschuldungshypotheken und 30 000 Mark öffentliche Zuschüsse erhalten hat, zur Zwangsversteigerung. Der Betrieb, restlos bankrott, ist aber voll siedlungsfähig. Der Siedlungsplan war auch fertiggestellt. Er musste aber auf "höheren Befehl" ad acta gelegt werden. Das Reich verliert im Fall des Generals Hell 1/4 Million. Die privaten Gläubiger büssen 2/3 ihrer Forderungen ein. Die Siedlungsanwärter gehen leer aus. Aber die Generalfamilie erhält die Generalpension. Der Staat muss ausserdem für die Familie den Besitz erhalten.

Bei der Zwangsversteigerung des Ritterguts Graf Kalckstein, Arnsberg, verliert das Reich 50 000 Mark an Bürgschaften. Die Zwangsversteigerung selbst ist ein Ding für sich und geht nach "ostpreussischem Muster" vor sich. In der Zwangsversteigerung erwirbt nämlich Giesela von Kalckstein das Gut. Die Übernahme wird durch eine neue Reichssubvention in Höhe von 100 000 Mark ermöglicht.

Das Rittergut Oesterreich, Zielkeim Krs. Fischhausen, verschafft sich aus öffentlichen Mitteln 400 000 Mark Umschuldungshypotheken und 120 000 Mark Zuschuss; rund 500 000 Mark mehr, als der ganze Betrieb überhaupt wert ist. Die Reichsmittel werden in beispiellosen Fehlanlagen verpulvert. Ein Jahr später ist Zwangsversteigerung. Das Reich verliert den Zuschuss in Höhe von 120 000 Mark und 1/4 Million Mark an der übernommenen Bürgschaft. Der Besitzer soll aber Ersatz erhalten. Dieser Mann soll der Landwirtschaft nicht verloren gehen. Wahrscheinlich, weil er das Reich so glänzend reingelegt hat.

Ein günstig gelagerter Betrieb, der des Herrn von Weiss, Gross-Plauen Kreis Wehlau, ist durch Unfähigkeit völlig bankrott gewirtschaftet. Das Reich büsst an Bürgschaften 260 000 Mark ein und hatte vorher - auf Nimmerwiedersehen - schon 55 000 Mark Betriebserhaltungszuschüsse gegeben. Uebernommen wird der Betrieb von einer Gräfin zu Eulenburg, einer Verwandten des Rittergutsbesitzers von Weiss. Für diese Schiebung stellt das Reich noch 40 000 Mark zur Verfügung. Selbstverständlich kann man auch in diesem Falle von einer Sanierung nicht sprechen. Trotz der horrenden Summen, die das Reich dafür ausgegeben hat.

Für den Besitz Lemcke, Thierenburg Krs. Fischhausen wurde durch künstliche Aufsetzung des Beleihungswertes die unerhört hohe Umschuldungshypothek von 50 000 Mark herausgeholt. Ausserdem erhält das Gut 15 000 Mark Reichszuschuss. Die Gelder werden innerhalb eines Jahres durch luxuriöse Lebensweise verpulvert. Der Gutsbesitzer selbst - das Reich gibt's ja - kauft sich einen Mercedeswagen. Der Sohn des Gutsbesitzers Lemcke ist Turnierreiter und lässt sich diesen "Beruf", ebenfalls auf Staatskosten, einen Batzen Geld kosten. Von diesem Gut sollten 200 Morgen für Anliegersiedlungen abgetrennt werden. Nun verschafft sich aber die Tochter des Lemcke auf Grund eines "Landbesitzes" von 6 Morgen - man sieht, auch hier eine äusserst dunkle Geschichte - 2/3 der abgetrennten Fläche und zwar mit Hilfe von Staatskrediten. Das Restgut erhält der Turnierreiter Lemcke, der von der Landwirtschaft nichts versteht und wohl bald dem Staat wieder auf der Tasche liegen wird.

Wir glauben, unsere Tabelle für dieses Mal ohne weiteren Kommentar abschliessen zu können.

SPD. Die Vorarbeiten für die Sanierung des rheinisch-westfälischen Kohlenkonzern Ewald-König Ludwig sind jetzt abgeschlossen. Auch hier muss die Reichsbank für leichtsinnig gemachte Schulden stillhalten. Das Reich hat die besondere Ehre, auf die Umgründungssteuer verzichten zu müssen. Ausserdem fällt auf, dass man entgegen der öffentlichen Meinung, die eine Lockerung und Zergliederung der grossen Montankonzerne fordert, einen neuen Riesenkonzern schafft.

Der Fall Ewald-König Ludwig - es handelt sich um zwei Bergwerksgesellschaften, die von Haus aus gesund und rentabel sind - ist typisch für die Miswirtschaft in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Ganz unnötiger Weise wurden neue Schächte gebaut. Während die Welt an Stickstoff erstickt, wurde ein neues Stickstoffwerk gebaut, das jetzt kaum zu einem Drittel ausgenutzt werden kann. Gebaut wird aber mit kurzfristigen Krediten, die sich bis auf 90 Millionen Mark anhäufen. Das Unternehmen kommt durch Zinsdruck und Zinslast zum Zusammenbrechen. Nun muss saniert werden. Auch hier handelt es sich erst um eine Zwischenlösung. Wie die Dinge endgültig ausgehen werden, steht dahin.

Zunächst werden Ewald und König Ludwig in Aktiengesellschaften umgewandelt, mit einem Kapital von 16 Millionen Mark, und zwar Ewald sofort. Ewald pachtet dann König Ludwig, sodass König Ludwig eine der bekannten Dachgesellschaften wird, die nur Aktienbesitz zu verwalten haben. Von dem Aktienbesitz bei Ewald übernehmen die Grossbanken, Deutsche Bank-Diskonto und Hirschland in Essen, 10 Millionen Mark gegen entsprechende Schuldenstreichung. Weitere 35 Millionen kurzfristige Kredite werden in Kredite umgewandelt, die erst nach einer Reihe von Jahren zurückzuzahlen sind. Auch für den Rest wird eine mehrjährige Stundung durchgeführt. Das Unternehmen wird so von der Last des hohen Zinssatzes befreit. Fordern muss man jetzt, dass die angedrohten Stilllegungen unterbleiben. Schon aus dem Grunde, weil die Öffentlichkeit durch den Steuerverzicht des Reiches nicht unerhebliche Opfer bringt und die Reichsbank bei der Umwandlung der Kredite stillhalten muss. Die Reichsbank entsendet auch einen Vertreter in den Vorstand der neuen Ewald.

SPD. Die Erntevorschätzung für Preussen ergibt gegenüber dem Ernteergebnis des Vorjahres durchweg gestiegene Erträge. Die Winterweizenernte dürfte 2,71 Millionen Tonnen erbringen gegenüber 2,22 Millionen Tonnen im Vorjahr (Steigerung des Hektarertrages von 20 Doppelzentnern auf 23,2 dz), Sommerweizen 0,49 Millionen Tonnen gegen 0,39 Millionen Tonnen (Steigerung von 20,5 dz auf 22,2 dz), Winterroggen 5,97 Millionen Tonnen gegen 4,93 Millionen Tonnen (Steigerung von 15,1 dz auf 18,0 dz), Sommerroggen 0,06 gegen 0,05 Millionen Tonnen (Steigerung von 12,1 dz auf 1,2 dz), Wintergerste 0,42 Millionen Tonnen gegen 0,37 Millionen Tonnen (Steigerung von 22,4 dz auf 23,7 dz), Sommergerste 1,34 Millionen Tonnen gegen 1,29 Millionen Tonnen (Steigerung von 18,8 auf 20,7 dz) und Hafer 4,35 Millionen Tonnen gegen 4,29 Millionen Tonnen (Steigerung von 19,0 dz auf 19,8).

Beim Winterweizen liegt eine Steigerung der Gesamternte gegenüber dem Vorjahr um 22,2 %, beim Sommerweizen um 15,6 %, beim Winterroggen um 21,2 %, beim Sommerroggen um 8,4 %, bei Wintergerste um 15,7 %, Sommergerste um 3,6 % und beim Hafer um 1,5 % vor.

SPD. Im preussischen Staatsrat gab am Freitag der Berichterstatter des in Frage kommenden Ausschusses, Dr. Kaiser eine Erklärung zur Schlachtsteuer ab, die den Standpunkt der sozialdemokratischen und der Zentrumsfraktion im preussischen Landtag enthält. Kaiser führte u.a. folgendes aus:

"Der Staatsrat hält eine Schlachtsteuer auf die Dauer für untragbar, wenn gleich er die Zwangslage der Preussischen Staatsregierung, die zu ihrer Einführung geführt hat, nicht verkennt. Auch der Staatsrat hält den Ausgleich des Staatshaushalts für erforderlich. Nach den Erklärungen der Staatsregierung hat das Reich die Verpflichtung übernommen, den Betrag von 100 Millionen Mark für die Überlassung der Staatsanteile an den Siedlungsbanken und -gesellschaften zu zahlen. Die Staatsregierung wird ersucht, diese Forderung gegen das Reich mit allem Nachdruck geltend zu machen. Das Reich würde zur Zahlung auch in der Lage sein, wenn es seine Ausgaben annähernd so stark einschränken würde, wie es im Haushalt Preussens und der Gemeinden in den letzten Jahren geschehen ist. Daher verlangt der Staatsrat, dass die Schlachtsteuer wieder aufgehoben wird, sobald der vom Reich zugesagte Betrag zu fließen beginnt."

Mit dieser Erklärung, hinter der vor allem Zentrum und Sozialdemokratie stehen, sind die Richtlinien in dem Streit um die Schlachtsteuer gegeben. Die Front muss sich gegen das Reich richten, von woher ja auch die Vermehrung der Schlachtsteuer droht.

SPD. Auf Grund der ersten Vorschätzung der Getreideernte im Reiche durch die amtlichen Saatenstandsberichterstatter zu Anfang Juli d.J. ergeben sich im Reichsdurchschnitt folgende Erträge je Hektar: Winterroggen 17,9 dz (endgültige Erntermittlung 1931: 15,4 dz), Sommerroggen 14,0 dz (12,2), Winterweizen 22,0 dz (19,5), Sommerweizen 21,4 dz (19,9), Wintergerste 23,7 dz (22,3), Sommergerste 19,6 dz (18,0), Hafer 19,2 dz (18,5).

Unter Zugrundelegung der Ende Mai festgestellten Anbauflächen wäre nach diesen Durchschnittsschätzungen zu Anfang Juli d.J. eine Gesamternte an Roggen von 7,95 Mill.t (gegen 6,68 Mill.t im Vorjahre), an Weizen von 4,99 Mill.t (4,23 Mill.t.), an Wintergerste von 584 000 t (507 000 t), an Sommergerste von 2,60 Mill.t (2,51 Mill.t.) und an Hafer von 6,31 Mill.t (6,20 Mill.t) zu erwarten.

Ämtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier: (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 8. Juli.) A. Deutsche Eier: Trinkeier vollfrische gestempelte über 65 g 8, über 60 g 7, über 53 g 6,25, über 48 g 5,75, frische Eier über 53 g 6 - 6,25, aussortierte kleine und Schmutzeier 4,50. B. Auslands eier: Dänen und Schweden 18er 7,25, 17er 6,75, 15½-16er 5,75 - 6, leichtere 5,25 - 5,50; Estländer 18er 7, 17er 6,50, 15½-16er 5,50, leichtere 5 - 5,25; Russen normale 4,50 - 5, abweichende 4 - 4,25, kleine, Mittel- und Schmutzeier 4. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern, ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: schön, Tendenz: ruhig.

SPD. Im Monat Juni haben 65 Aktiengesellschaften Kapitalschnitte im Ausmass von 23 Millionen Mark vorgenommen.

Hausse geht weiter.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Juli 32)

SPD. An der Berliner Produktenbörse hielt am Freitag die feste Stimmung für promptes Getreide, insbesondere für Weizen weiter an. Weizen war sehr knapp angeboten, während die Mühlen bei gebessertem Mehlgeschäft zum Teil dringend Material zu kaufen suchen. Infolgedessen mussten die Notierungen für prompten Weizen wieder um 3 Mark herausgesetzt werden. Auch prompter Roggen hatte gute stetige Tendenz und wurde unverändert notiert. Das recht kleine Angebot fand glatte Aufnahme. Dagegen zeigte sich am Markte der Zeitgeschäfte geringere Nachfrage, während das Angebot hier etwas stärker geworden ist. Weizen für spätere Sichten wurde um $1\frac{1}{2}$ Mark niedriger notiert und auch Roggen hatte Preisverluste in etwa gleichem Aismass zu verzeichnen. Am Mehlmarkt zeigte sich einige Belebung beim Weizenmehl. Prompte Ware war besser gefragt, sodass die etwas erhöhten Preise, wenn auch vielfach nur zögernd, bewilligt werden mussten. In Roggenmehl herrschte laufendes kleines Konsumgeschäft zu unveränderten Preisen. Hafer hatte gleichfalls ruhige Stimmung. Es fanden nur wenig Abschlüsse zu unveränderten Preisen statt.

	7.7.	8.7.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	239 - 241	242 - 244
Roggen	187 - 189	187 - 189
Futter- und Industrieroggen	162 - 172	160 - 172
Hafer	159 - 163	159 - 163
Weizenmehl	30,50 - 34,00	30,75 - 34,25
Roggenmehl	25,50 - 27,40	25,60 - 27,40
Weizenkleie	10,25 - 10,60	10,50 - 10,75
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,00 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 256, Sept. 230, Okt. 230 $\frac{1}{2}$ -230, Dez. 232 $\frac{1}{2}$ -232 Brief. Roggen Juli -, Sept. 180, Okt. 180 $\frac{1}{2}$ plus Geld, Dez. 184 $\frac{1}{2}$ -184 $\frac{1}{2}$. Hafer Juli 170-169, Sept. 148 plus Geld, Okt. - bis 151.

Berliner Viehmarkt.

SPD. In Berlin fand am Freitag seit Ausbruch des Schlachtsteuerstreiks Ende Juni der erste Viehmarkt statt. Man kann nur sagen, dass sich die Unsicherheit über die künftige Preisentwicklung stark auswirkte. Die Märkte hätten besser beschickt sein können. So wird der Auftrieb auf dem Schweinemarkt mit über 10 000 Tieren angegeben, was immerhin als normal bezeichnen kann, aber sicher dem tatsächlichen Bedarf am Freitag nicht entsprach. Aus der nicht zu reichenden Beschickung erklärt sich auch, dass die Preise durchweg anstiegen, und zwar auf dem Rinder-, Kälber- und Schafmarkt, die weniger gut beschickt waren, mehr als auf dem Schweinemarkt.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-), b) (240-300 Pfd.) 42-45 (40-41), c) (200-240 Pfd.) 40-45 (39-40), d) (160-200 Pfd.) 38-42 (36-38), e) (120-160 Pfd.) 33-37 (33-35). Sauen 40 (37-38). Schafe: a) 38-40 (33-34), b) 35-37 (30-32), c) 30-34 (25-28), d) 18-28 (17-24). Kälber: b) 37-43 (33-39), c) 30-38 (27-34), d) 20-28 (18-25). Kühe: a) 27-29 (26-27), b) 24-26 (22-25), c) 18-22 (17-20), d) 12-17 (13-16).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 8. Juli 1932.

Die Kunst des Erzählens.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Die Nachricht, dass in den Vereinigten Staaten bisher achthunderttausend Personen einen Lehrgang im Schreiben von Kurzgeschichten mitgemacht haben, erregt auch in den Reihen der Unerschrockensten Bestürzung. Es ist klar, dass nicht alle diese Studenten der Kurzgeschichte zu modernen Maupassants heranreifen können, und die überwiegende Mehrzahl wird wohl kaum je im Druck erscheinen. Aber ihre so mühsam und oft auf so kostspielige Weise erworbene Kenntnis literarischer Technik wird ihnen für immer anhaften - nutzlos wie ein als Hochzeitsgeschenk erhaltenes Likörservice. Eine solche Vergeudung literarischer Gaben muss betrüblich wirken. Aber gibt es denn wirklich keine Möglichkeit, die Grundsätze des Schreibens von Kurzgeschichten auf den Alltag anzuwenden? Seit Erfindung des Kinos macht sich diese Forderung immer gebieterischer geltend. Denn das Verlangen, seine Vergnügungen mit seinen Mitmenschen zu teilen, ist eine allgemein-menschliche Tugend, und die meisten Menschen, die einen Film gesehen haben, der ihre Begeisterung erregt, fühlen sich mit unwiderstehlicher Gewalt hingezogen, seinen Inhalt allen Freunden und Bekannten zu erzählen.

Frau Ditherton zum Beispiel gehört zu jenen unentwegten Kino-Scheherazaden. Ich habe schon öfters versucht, ihr durch die Behauptung entgegenzutreten, dass ich die Filmkritiken in den Zeitungen lese; aber sie hat für eine solche Bemerkung nur Verachtung übrig. "Die meisten Rezensenten sehen nicht einmal die Stücke, über die sie schreiben. Nehmen Sie zum Beispiel den Film, den ich gestern gesehen habe: Ethel Tonello in "Unbequeme Tugend". Alle Kritiker haben ihn abgelehnt. Aber wenn sich nur einer die Mühe genommen hätte, ihn sich anzusehen, wäre er begeistert gewesen. Die Heldin ist die Tochter eines russischen Adligen...."

"Ich glaube, dass ich den Film schon gesehen habe", werfe ich hastig ein.

"Ach, nein, Sie denken gewiss an Dolores Costello in "Die zertrümmerte Braut". In diesem Film rettet Ethel Tonello ihren Vater durch Verkleidung in eine... nun in eine leichtsinnige Person."

"Sie verkleidet ihren Vater?"

"Nein, sich selbst. Sie müssen wissen, sie spielt ausgezeichnet Violine, und wenn der junge Leutnant sie spielen hört..."

"Welcher Leutnant?" frage ich verwirrt.

"Er gehört zu der Geheimpolizei, die ihrem Vater nachstellt", erklärt Frau Ditherton. "Sie rettet also ihren Vater. Aber zu diesem Zwecke muss sie so tun, als ob sie den Erzherzog liebt. Und wie der junge Leutnant sieht, dass sie den Erzherzog küsst, fordert er ihn zum Duell. Hector Schwamm ist der Erzherzog. Er ist im Film stets sehr verrückt. Aber im Privatleben ist er sehr anständig und hat Hunde sehr gern. Der junge Leutnant muss im Aeroplan entfliehen, weil er glaubt, dass er den Erzherzog getötet habe. Aber der Erzherzog hat nur so getan, als ob er tot sei, und verfolgt den Leutnant in einem andern Flugzeug. Er fliegt über den Leutnant und Ethel Tonello und will den Nebenbuhler mit seinem Dolch erstechen. Es entsteht ein schrecklicher Kampf in den Lüften, und der Aeroplan fällt auf eine Südseeinsel herunter...."

"Wobei alle umkommen?" frage ich hoffnungsvoll.

"Nein", beruhigt mich Frau Ditherton. "Sie sind nur betäubt. Die Beiden kämpfen dann am Rande eines Abgrundes. Der Leutnant rettet sich, indem er sich an eine Baumwurzel anklammert, und verkleidet sich in einen Wilden...."

"Entschuldigen Sie", werfe ich argwöhnisch ein, "handelt es sich um einen Fortsetzungsfilm?"

"Nein", antwortet die Unentwegte. "Gerade in dem Augenblicke, da der Erzherzog den Leutnant in den Krater eines Vulkans stösst, fliegt ein lenkbares Luftschiff vorüber und lässt eine Leiter herunter..."

"Warum?" frage ich, lediglich, um zu zeigen, dass ich noch bei Bewusstsein bin. Doch nachdem Frau Ditherton noch einige Minuten weiter erzählt hat, frage ich nicht mehr. Es hat keinen Zweck. Indem ich meine Aufmerksamkeit auf einen blinkenden Knopf ihres Kostüms konzentriere, versetze ich mich selbst in einen Trance-Zustand. Aber wenn ich nach einer halben Stunde wieder zum Bewusstsein erwache, ist Frau Ditherton mit ihrer Erzählung noch immer nicht zu Ende.

Manchmal ist es möglich, eine Kino-Scheherazade - sie kann auch männlichen Geschlechts sein - zum Schweigen zu bringen, indem man ihr den nächsten Satz vorweg und die Worte gleichsam aus dem Munde nimmt. Diese Methode setzt grosse Gewandtheit beim Zuhörer voraus - aber sie ist erfolgversprechend. Alle Filmintrigen haben grosse Ähnlichkeit untereinander, und entweder kriegt der Held das Girl oder nicht - wodurch man grosse Chancen hat, den Ausgang vorauszusagen.

Es gibt aber auch andere Arten von Erzählern, bei denen sich diese Methode nicht anwenden lässt. Das sind die Leute, die einem erzählen, was sie in der letzten Nacht geträumt haben. Man kann mit einem Traumerzähler nicht fertig werden, indem man einwendet, dass man die Geschichte schon kennt. Er hat ausschliessliche Urheberrechte auf sie und bezieht seine Informationen von innen her. Wenn Frau Pendover ihren Traum erzählt, verwandeln sich die Zuhörer langsam in nickende Automaten. Erst bei dem lange hinausgezögerten, aber unvermeidlichen Schluss: "...und dann erwachte ich", wachen auch sie auf und lächeln anerkennend. Aber sie haben nichts zu sagen. Die einzig mögliche Bemerkung zu einer Traumerzählung ist: "Ah, ah!"

(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von
Leo Korten.)

Der Dichter des Chanson.^x

(Zum 75. Todestage von Béranger am 16. Juli.)

SPD. Im Jahre 1803 erhielt Lucien Bonaparte, der Bruder Napoleons, eines Tages eine Sendung, die Gedichte des verschiedensten Inhaltes enthielt. Ihr Verfasser war ein unbekannter junger Drucker, der in den ärmlichsten Verhältnissen lebte. In flehentlichen Worten bat der junge Mensch den Empfänger, seine Gedichte einer wohlwollenden Kritik zu unterziehen und ihm Nachricht zu geben, ob er sie für wertvoll halte. Er lege sein Geschick in die Hände Lucien Bonapartes, weil gerade er als Dichter und als eifriger Förderer der Dichtkunst überall bekannt sei. Es war nicht die erste Sendung und die erste Bitte dieser Art, die an Lucien gerichtet wurde. Er öffnete das kleine Paket deshalb ohne besondere Erwartungen und schickte sich an, den Inhalt zu überfliegen. Aber schon die ersten Gedichte erregten sein Interesse. Immer stärker wurde seine Aufmerksamkeit gefesselt, und als er seine Lektüre schliesslich beendet hatte, rief er aus: "Das sind wahrhaftig die Gedichte eines wahren Dichters," und beeilte sich, dem angstvoll und zweifelnd harrenden jungen Menschen seine grösste Anerkennung auszusprechen. Aber nicht genug damit. Er zog nähere Erkundi-

gungen über den Absender ein, und als er von den ärmlichen Verhältnissen erfuhr, in denen der junge Dichter lebte, trat er ihm die kleine Ehrengabe ab, die er selbst als Mitglied der Académie française bezog.

Der junge Dichter war Pierre Jean de Béranger, der damit zum ersten Mal an die Öffentlichkeit trat und nun, durch seinen Gönner freundschaftlich unterstützt, von den drückendsten Nahrungssorgen befreit, mehr noch als bisher seiner Dichtkunst lebte. Bis dahin hatte er Gattungen verschiedenster Art bearbeitet. Hymnen, lyrische Gedichte, kleine Idyllen stammten aus seiner Feder. Dann aber fand er sein ureigenes Gebiet. Es war das chanson, das kleine Lied, das zu bereits vorhandenen sangbaren Melodien gedichtet wurde und rasch im ganzen französischen Volke Wurzel schlug. Eins dieser ersten kleinen Lieder ist das auch heute noch bekannte "Der König von Yvetot", in dem er einen behaglich lebenden, langschläfrigen König darstellte, der nie in seinem Leben Krieg führte. Das Gedicht erschien unter Napoleon I., der Frankreich von Krieg zu Krieg geführt, von einem Blutvergiessen ins andere gestürzt hatte, und wirkte unter diesen Umständen als politisches Spottgedicht, trotz seines heiteren, leichten Tones. Damals aber war Béranger noch alles andere als Politiker. Er wollte nur Situationen, Stimmungen der Gegenwart im Liede festhalten. Das änderte sich jedoch vollkommen mit dem Sturze Napoleons und der Rückkehr der Bourbonen. Béranger war bis in sein Innerstes erbittert über die einsetzende Reaktion, über die Pfaffenherrschaft, die Pressezensur, die Anmassung der zurückkehrenden Adligen. In seinem "Monsieur de Carabas" gab er seiner Empörung beredten Ausdruck. Gleichheit, Freiheit, Menschlichkeit - die Verherrlichung dieses Dreigestirns der französischen Revolution wurde nun sein Thema. Es dauerte denn auch nicht lange, bis Strafe auf Strafe den witzigen und kühnen Sänger traf. Monatelang sass er im Gefängnis, und die Einkünfte seiner Gedichte wanderten als Busse - er wurde u.a. zu 10 000 Francs Geldstrafe verurteilt - an die Staatskasse. Erst nach der Julirevolution konnte sich Béranger wieder frei und ungehemmt bewegen. Aber es spricht für ihn und seine innere Unabhängigkeit, dass er auch jetzt ein gut bezahltes Amt ausschlug und nur das bleiben wollte, was er war: ein Volksdichter. In seinem Liede "An meine Freunde, die jetzt Minister geworden sind", begründet er seine Ablehnung und ruft ihnen zu: "Sät anderswo Stellen, Titel und Ehrenzeichen! Ich bin dafür nicht geboren!"

Etwas von dieser Selbstsicherheit, von diesem wohltuenden inneren Stolz, der Geldsack und Orden verächtlich bei Seite schiebt, liegt über Bérangers gesamter Poesie, mag sie im einzelnen noch so verschiedenartig sein. Vieles davon ist heute vergessen; manches wird nur noch in den Schulen gelesen, ohne dass es damit zu neuem Leben erweckt werden könnte, so das auch in Deutschland bekannte "Abschied der Maria Stuart" und die "Schwalben", die in jedem französischen Lesebuche zu finden sind. Manches berührt uns heute oberflächlich, seicht. Wir kennen die Melodien nicht mehr, die sich um den Text rankten, und kritisieren deshalb das gesprochene, nicht das gesungene Wort. Aber überall da, wo Béranger über das persönliche Schicksal des Einzelnen hinausgreift, wo er grosse Menschheitsprobleme behandelt, die auch heute noch die Menschheit bewegen und nach Lösung rufen, ist er lebendig und unvergessen geblieben. Sein glühender Proteste gegen Reaktion und Unfreiheit, gegen Uebergriffe der Besitzenden, gegen Pfaffenherrschaft und Verdummung, gegen Zensur und geistige Bedrückung in jeder Form sind zeitlos. Sie gehören jeder Epoche an, in der Menschen um Freiheit ringen. Aber Bérangers Bedeutung ist damit gerade für unsere Zeit nicht erschöpft. Nur wenige wissen, dass er zu den ersten Franzosen gehört, die sich warm und entschieden für ein geeintes Europa, für den Frieden der Völker eingesetzt hat. Als im Jahre 1818 die letzten Besatzungstruppen aus Frankreich abzogen - eine Situation, die uns gerade in den letzten Jahren durch die Befreiung der Rheinlande besonders nahe gerückt ist, da lehnte Béranger jeden Nationalismus, der damals in Frankreich üppig emporschiessen

wollte, in glühenden Worten ab. In seinem tief empfundenen Gedichte "Der heilige Bund der Völker" bekennt er sich als Paneuropäer und ruft der Menschheit zu :

"Und opfert nicht mehr undankbaren Fürsten,
Habgierigen Erobrern Euer Blut!
Dass neue Kriege drohn, sollt Ihr verneinen,
Die falschen Stimmen, die nicht ruhen, bannt!
Ein heil'ger Bund soll Euch, ihr Völker, einen.
Auf! Reichet Euch die Hand!"

Elke.

Saloniki.^x

Von unserm Balkankorrespondenten.

SPD. Als der erste Glockenton der nahen orthodoxen Kirche durch den grau-violetten Schleier der Morgendämmerung den wahrhaft rosenroten Sonnenaufgang begrüßte, kroch ich wie gerädert, tief aufatmend, unter dem Moskitonetz meines angeblich desinfizierten Hotelbettes hervor. "Kali nikta" (Gute Nacht!) hatte mir gestern Abend der Hotelier geschäftsmässig freundlich gewünscht. Gottlob, dass diese "gute" Nacht mit ihren tausendfältigen Martern hinter mir liegt! Trotz des Netzes hatten Legionen Moskitos und sonstige fliegende, laufende und hüpfende, stechende, beissende und zwickende Insekten ein mutwilliges Spiel mit meinem armen Körper getrieben, bis er endlich gegen drei Uhr Morgens todmatt und schicksalsergeben in abgrundtiefen Schlaf gesunken war.

Obgleich es erst 6 Uhr (südosteuropäischer Zeit) ist, beginnt schon reger und lärmender Verkehr auf den Strassen. Denn Morgenstunde hat in Saloniki erträgliche Sonne und leichte Seebrise im Munde. Auf der Terrasse eines "Kafenions" in der Wardarstrasse, der Hauptverkehrsader der Stadt, schlürfe ich den würzigen Türkenkaffee, der neues Leben in die zerschundenen Glieder zaubert. Kaum hat man sich niedergelassen, als ein braunhäutiger Knirps, mit einem pathetisch bemalten Kasten bewaffnet, wortlos unter den Tisch kriecht und sich der Schuhe bemächtigt, die hier ewig staubig sind. Vier Riesenbürsten, mehrere Lappen und gegen ein halbes Dutzend Tiegel und Fläschchen zückt der Kleine, und innerhalb fünf Minuten sind meine derben Touristenschuhe in wahre Lackstiefel verwandelt. Für 1 Drachme (etwa 5 Reichspfennige)!

Draussen rasseln mit ohrenbetäubendem Klingeln und schrillen Pfffen die Trambahnwagen vorüber. Saloniki mit seinen mehr als 200 000 Einwohnern hat nur zwei Strassenbahnlinien, eine auf der Wardarstrasse, die andere auf dem Kai. In den Stunden des Hauptverkehrs gleichen die kleinen, nicht sehr sauberen Wagen Bienenkörben. So gegen 50 Personen drücken sich im gewöhnlich nach Desinfektion "duftenden" Wageninnern; etwa ein Dutzend drängeln sich auf den Trittbrettern, und fünf, sechs Jungen und Burschen hängen an der hinteren Plattform. Kein Schaffner und kein Schutzmann schreitet dagegen ein. Bei den wenigen Wagen und dem starken Andrang muss das halt so sein. Uebrigens ist man in Saloniki gemütlich. Den Triebwagenführern ist die Unterhaltung mit den Fahrgästen nicht untersagt; so ein Verbot kennt man im redseligen Griechenland nicht. Das wäre einfach unfair. Wer vorn im Führerstande fährt, kann bei dem Konduktor auch Zeitungen erstehen, die dieser in Kommission vertreibt. Ein Grieche, sofern er nicht Analphabet, ist übrigens ohne Zeitung ebenso unvorstellbar wie ein Münchener ohne Bier. Auf dem Wege zur Fabrik, zum Büro, zum Geschäft, in der Arbeitspause, jeder schreitet oder fährt geistesabwesend hinter der Zeitung verborgen. Reitet der Milchverkäufer nach getaner Arbeit auf seinem Grautier ins Dorf zurück, dann sind von ihm nur die schaukelnden

Beine zu sehen. Kopf und Körper sind hinter der bedruckten weissen Wand versteckt. Die schreienden und heulenden Zeitungsjungen haben sich trotz der allgemeinen schweren Krise noch nicht über Absatzmangel zu beklagen. Der Grieche verzichtet lieber auf ein Stück Brot als auf seine Zeitung. Da Saloniki, das der Grieche Thessalonike, Der Türke Selanik und der Slawe Solun nennt, von einem bunten Völkergemisch - die Hälfte der Einwohnerschaft sind spaniolische Juden, ein Viertel Griechen und der Rest Türken, Bulgaren, Makedonalachen u.a.m. - bewohnt ist, erscheinen hier Zeitungen in den verschiedensten Sprachen, deren Namen nur einem Vielsprachler geläufig werden können. Und das ist jeder Zeitungsjunge in Saloniki.

Von der am Ostrande der Stadt gelegenen Zitadelle, an deren Stelle ehemals die Akropolis der Thessalonicher lag, bietet sich ein herrlicher Ausblick auf die Landschaft. Im Rücken und weit nach rechts vorstrebend das Gebirgsmassiv des Chortiatsch, zu dessen Füssen sich die schöne weisse Stadt dehnt. Im Hintergrunde der ins Aegäische Meer auslaufende Golf von Saloniki und in weiter dunstiger Ferne die ewig schneebedeckte Kuppe des sagenumwobenen Götterberges Olymp. Die Schicksale einer fast dreitausendjährigen Geschichte zittern und raunen aus dieser in flimmernder Julihitze brütenden Landschaft und Stadt. Hier hausten die alten Griechen, die Mazedonier unter Alexander dem Grossen, die Römer, die aus Asien eingedrungenen Bulgaren, die Byzantiner und die Türken. Hier schmachtete Cicero als Verbannter, gründete Paulus die erste Christengemeinde auf europäischem Boden, die er später wegen ihres lasterhaften Treibens in dem berühmten und viel umstrittenen "Brief an die Thessalonicher" ernst ermahnen musste. Hier rächte im Jahre 390 der "erzfromme" Kaiser Theodosius einen Aufstand durch ein furchtbares Blutbad. Hier wütheten in unaufhörlicher Folge Kriege, Epidemien und Feuersbrünste. Hier erlag 1913 König Georg von Griechenland der Mörderhand. Infolge ihrer günstigen Lage und des reichen Hinterlandes konnte sich die regsame Stadt trotz aller Schicksalsschläge immer wieder erholen. Auch heute noch ist sie ein wichtiger Warenumschlagsplatz, dessen Entwicklung allerdings die Griechen zugunsten des Athener Hafens Piräus vernachlässigen.

In kurzen Schwingungen breitet sich die Stadt bis hart an die Meeresküste aus und verläuft sich in dem Villenviertel Kalamaria, wo die Konsulate und Krankenhäuser liegen. Weit draussen liegen die Elendsbaracken der anatolischen Flüchtlinge. Hier und da ragen als Wahrzeichen der fünfhundertjährigen türkischen Knechtschaft die Minarette der Moscheen gen Himmel. Das durch den grossen Brand im Jahre 1907 vollkommen zerstörte Stadtzentrum ist neu aufgebaut worden, schmucklos und zweckmässig. Die Häuser zeigen selten Schornsteine - bringen die Wintermonate härtere Kälte, so wärmt sich der Bewohner am Kohlenbecken -, aber vielfach Dachzisternen für die Regenzeit.

In der Nähe des Kais liegen die grossen Tabakmanipulationslager, in denen die mazedonischen und thrazischen Tabakbauern ihr "edles Kraut" abliefern. Fast durchweg sind es moderne und gut aussehende Gebäude, vielfach Paläste, denen man die "ewige schwere" Krise der Tabakindustrie nicht gerade anmerkt. Etwas widerwillig wird die Besichtigung eines dieser Betriebe gestattet. Ueber zwei Millionen Kilogramm bester orientalischer Tabake lagern in halbdunklen, stickigen Räumen, da, wie der Führer betont, Licht und Sonne den Fermentationsprozess schädlich beeinflussen. Die Luft ist mit beissendem Tabakstaub geschwängert, der sich in die Lunge einfrisst und zum Husten reizt. Nirgends ist ein Ventilator zu sehen. Ein wahrer Friedhof. Brutstätten für die Tuberkulose. Tabakarbeiterstreiks sind in Saloniki keine Seltenheit, da die Arbeits- und Lohnbedingungen mehr als schmachvoll und menschenunwürdig sind. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiter hat in den letzten Jahren den Weg zur Selbsthilfe, zu den Gewerkschaften gefunden, die aber immer noch nicht stark genug sind, um den Ausbeutern trotzig die Stirn zu bieten.

Im weiten Hafenviertel herrscht emsiges Getriebe. Zwischen grossen Ueberseedampfern schaukeln unzählige Segelschiffe. Halbnackte dunkelhäutige

Träger, denen der Schweiß in Sturzbächen von der Stirne läuft, schleppen in langer, unaufhörlicher Kette das Löschgut: riesige Tabakballen, Holz, Erze, Getreide, Südfrüchte, Fische, Weinfässer. Auf dem Kai wimmelt es von fliegenden Händlern, bei denen man so ziemlich alles erstehen kann, von Teppichen, Anzügen, Schuhen, Selbstbindern und Knöpfen angefangen bis zu Porzellan, Gipsfiguren, Zigaretten, Bonbons und Lotterielosen. Die Verkaufsstände sind von Passanten, besonders von Seh- und Seeleuten umlagert. Adressen von Bordells und Massagesalons werden einem zugesteckt. So mancher Matrose vergräbt den Zettel tief in den Hosentaschen und mag dabei denken, wie viel abwechslungsreicher doch das Leben an Land ist..... In den Mittagsstunden ruhen Kai und Hafenviertel. Jeder ist vor der unbarmherzig auf Wasser und Pflaster niederknallenden Sonne an ein schattiges Plätzchen geflüchtet.

Am Abend erlebt der Kai eine Metamorphose: er wird zum Korso für Reich und Arm. Tausende von Menschen promenieren auf und ab und saugen nach den Sonnenleiden des Tages mit weit geöffneten Lungen die leichte Brise ein, die über die Wogen landwärts streicht. Auf den zahlreichen Restaurant- und Kaffeehausterrassen spielen Kapellen, werden die beliebten knusprigen Bratfische gegessen, werden Eisgetränke geschlürft. In den offenen Kinos laufen amerikanische Sensationsfilme, und aus den Variétés schallen die Lachsalven der Matrosen über die zwei- oder vielmehr eindeutigen Bewegungen der feisten türkischen Bauchtänzerinnen.....

Erst spät in der Nacht wird es still. Im Hotelzimmer kleidet man sich im Dunkeln aus, um nicht durch das Licht die fliegenden Quälgeister anzulocken, von denen bereits einige eingedrungen sind und das Opfer umkreisen. Kampfmutig wird die letzte "Makedonia" geraucht, um das Viehzeug zu verjagen. Und dann "Gute Nacht!" unter dem Moskitonetz im "desinfizierten" Bette!

Tendenz.

SPD. "Um alles bloss keine Tendenz! Wir haben Rücksichten zu nehmen!"

Ja, was versteht man denn unter Tendenz? Doch etwas, das sich in einer bestimmten Geistesrichtung bewegt. Eine Weltanschauung, ein politisches, religiöses oder künstlerisches Bekenntnis. Denn ohne Tendenz, höherer oder niedriger Art, ist nichts. Aber wir Deutschen dunkelgründigen uns so gern hinter ein Fremdwort und modeln es so lange, bis wir glücklich aus Weiss Schwarz gemacht haben und umgekehrt. So meinen wir. In Wirklichkeit jedoch zeitigt solch eine Umprägung lediglich ein Schlagwort zweifelhaftester Sorte. Fast sieht es aus, als fürchteten wir uns vor der eigenen Muttersprache - in dieser nämlich müssten wir statt Tendenz zwangsmässig sagen: "Um alles bloß nichts, was mir nicht in meinen Kram passt! Ich suche doch nur meinen persönlichen Vorteil!" Und dieser, der hemmungslose Egoismus, ist die alles beherrschende Tendenz, der Teufel aller Zeitläufe und Menschengeschlechter.

Beispiel: Man schreibe ein Theaterstück, einen Film, einen Roman, eine soziale Abhandlung, vertrete darin den wahrerlichen Pazifismus oder den republikanischen Staatsgedanken, kurz, irgendwelche freiheitliche Geistesrichtung, ja, selbst das "konsequente" Christentum - und man trete mit diesem Werke vor ein gesättigtes Bürger- und Beamtentum hin. Es wird sich ein Sturm der Entrüstung erheben. Und alles wird brüllen: "Das ist ja Tendenz!!"

Weil man nämlich mit dem Schlagworte "Tendenz" einzig Meinungen und Tun des Gegners abtun möchte, die Tendenz der eigenen "Richtung" aber als nicht vorhanden hinzustellen beliebt. Jawohl, weil man unter Tendenz das Schwergewicht des Andern versteht, das einem möglicherweise auf die Hühneraugen fallen könnte. Bitte, kukirolt doch einmal - geistig! Setzt ehrlich Meinung gegen

Meinung - Tendenz wider Tendenz! Selbst wenn sie euch der verhasste Dorn im Auge wäre. Auch der hat sein Gutes. Er warnt euch ja: Ich bin spitz und hart; lauft nicht in mich hinein!

Gutes wie Böses, Dummes wie Gescheites, Wohlanständigkeit wie Niedertracht: Tendenz. Die unbequemste (für den Verneiner) steckt in der Wahrheit. Jeder geistige Kampf hat seine eigene Tendenz - und Kampf ist alles. Und ohne die geistige Vielschichtigkeit wäre das Leben ein unerträglicher Stumpfsinn.

Aber macht das einmal (soweit das überhaupt geht) einem Nazi klar - der fängt gleich eine Schlägerei an. Das ist seine Tendenz! "Die Prügelei im Landtag" - eine Tendenzprobe für das "Dritte Reich"!

Schon viel früher ist uns einmal versprochen worden: "Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen!" Die Erfüllungensolcher Prophezeiungen kennen wir zur Genüge, aber - es gibt eben noch immer die sture Heerschar der nicht alle werdenden Unbelehrbaren: die Tendenz der Dummheit! Und sie wäre wohl unbesiegt, wenn sie nicht an sich selber zuschanden gehen müsste. Warten wir's ab - aber nicht mit den Händen in den Taschen, sondern im wachsamem Abwehrkampfe! Wider die Reaktion: die Tendenz der Massendummheit, die nach den paar Pfeifen der Junker und Industrieritter und Generalstäbler tanzt!

Karl Schneider - de Witt.

SPD. Meteor-Gefahren.^x Kürzlich ist über Berlin eine grössere Feuerkugel gesehen worden, die hell aufleuchtete, eine deutliche Schweifbildung zeigte und irgendwo abgestürzt ist. Diese Beobachtung liess erneut die Frage auftauchen, ob nicht durch Meteore manche Unglücksfälle hervorgerufen werden können und womöglich so mancher grosse Brand, besonders von Waldgebieten, seine Ursache im Absturz eines glühenden Meteors gehabt haben kann. Man wird diese Bedenken nicht ganz von der Hand weisen können. Ein Missionar, dessen Missionsstation in den Urwaldtiefen des Amazonasstroms liegt, berichtete vor einiger Zeit in der italienischen Zeitschrift "Römischer Beobachter" von einem gewaltigen Urwaldbrande, der durch Meteore hervorgerufen worden war. Am 30. August 1930 fielen fast gleichzeitig drei grosse Meteortrümmer, die vollkommen glühen waren und eine furchtbare Hitze ausstrahlten, vom Himmel in den Wald. Das Waldgebiet geriet sofort in Brand. Der Absturz war mit gewaltigen Explosionen verbunden. Mehrere Monate hindurch hat das Feuer gewütet und weite Strecken des Urwaldes vernichtet. Einige Fischer erzählten später, sie hätten in weiter Ferne drei Feuerbälle erblickt, die vom Himmel fielen und im Urwaldgebiete verschwanden. Dieses Naturereignis hat nach dem Berichte wegen seiner bedeutenden Grösse eine gewisse Ähnlichkeit mit der bekannten Meteorkatastrophe in Zentralsibirien.

SPD. Eine Quelle in einem Keller.^x In Weimar befindet sich in den Kellerräumen einer Weinstube, die kürzlich neu eröffnet wurde - schon in der Goethezeit war hier eine Weinstube gewesen -, ein Brunnen mit ständig quellendem Wasser, der sicherlich als eine Quelle des Berglandes Thüringen anzusehen ist. Die Strasse, in der die Weinstube liegt, führt wie durch einen merkwürdigen Zufall den Namen "Bornberg". Born ist ja heute nur noch poetisch gebräuchte Bezeichnung für Quelle oder Brunnen. Früher hiess die Strasse Mühlbrunnweg; es stand dort eine Wassermühle, die vor ungefähr 100 Jahren abgerissen worden ist. In der alten Weinstube, die einer Witwe Ortelli gehörte, hat seine Zeit auch Goethe gern verkehrt. Die Quelle wurde also jedenfalls nicht zum Verdünnen des ausgeschenkten Weines benutzt. Goethe wusste ja einen guten Tran zu schätzen, wovon allerdings bei den offiziellen akademischen Goethefeiern nicht geredet worden ist.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 8. Juli 1932

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Lohse (Nat. Soz.): Die Behauptung eines sozialdemokratischen Flugblatts in Hameln, dass nationalsozialistische Abgeordnete sozialdemokratischen weiblichen Abgeordneten als Antwort auf den Hinweis, dass ihre Söhne im Kriege gefallen seien, geantwortet hätten: "Ihr dummen Ziegen, dafür wurden sie Euch ja gemacht!" für unwahr und verleumderisch. Für diese Wahllügen der SPD. werden wir uns hier an der Fraktion schadlos halten. (Stürmischer Beifall b.d. Nat. Soz.)

Abg. Hinkler (Nat. Soz.) wird zur Ordnung gerufen, wegen des Zurufs: "Die Amnestie wird Euch teuer zustehen kommen, Ihr Brüder!" Andere Nationalsozialisten rufen: "Judenjunge", "Hundesöhne". Ein Nationalsozialist wird zur Ordnung gerufen, weil er einem sozialdemokratischen Abgeordneten zuruft: "Das Schwein grinst noch!"

Abg. Hoffmann (Komm.) beantragt, die Regierung aufzufordern, dem Personal im Landtagsrestaurant die gleichen sonder tariflichen Bezahlungen zu gewähren wie früher. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Justizminister Dr. Schmidt legt Verwahrung gegen die Beschimpfungen ein, die von Nationalsozialisten in der früheren Amnestiedebatte gegen Richter und Anwaltskammern ausgestossen seien. Die Richter täten nach Verfassung und Gesetz unparteiisch ihre Pflicht. (Grosser Lärm bei der NSDAP).

Abg. Dr. Freisler (Nat. Soz.) wiederholt die bereits früher vom Abg. Kube ausgestossenen Beschimpfungen gegen die "Judenjungen" in den Anwaltskammern. Was die Anwaltskammern schrieben, sei den Nationalsozialisten völlig egal. Sie hätten nur das Vertrauen der Juden, nicht das der Deutschen.

Abg. Kube (Nat. Soz.): Der lächerliche Preussische Richterverein würde verdammt schnell schweigen, wenn wir seine Mitglieder einmal der berechtigten Wut der breiten Massen preisgäben. Leute wie Schmitz, Siegert und Ohnesorge schänden bewusst das deutsche Recht. Der Lump Stenig ist ein niederträchtiger Provokateur. Im Teutoburger Wald haben die Germanen den römischen Richtern die Zunge ausgerissen und ihnen zugerufen: "Jetzt zische, Natter, wenn Du kannst!" Die Richter sollten sich nicht zu sehr auf die eingetretene Milderung der Umgangsformen verlassen. (Stürm. Beifall b.d. Nat. Soz.) Der Staatsrat, der gegen die Amnestie Einspruch erhoben hat, ist nur eine Leichenkammer von 1929. Entweder geht heute die Amnestie durch oder der Landtag fliegt auf. (Erneuter stürmischer Beifall b.d. Nat. Soz.)

Justizminister Dr. Schmidt versucht, gegen die Tonart der Ausführungen des Abg. Kube zu protestieren, wird aber niedergeschrien.

Präs. Kerndl hebt die Sitzung auf.

Nach Wiederöffnung der Sitzung beantragen die Nationalsozialisten die Herbeirufung des Ministers Severing. Der rechtsbrecherische Polizeipräsident von Frankfurt a/Main, der Sozialdemokrat Steinberg, habe einen nationalsozialistischen Abgeordneten verhaftet, um ihn an der Teilnahme an der heutigen Abstimmung zu hindern. Steinberg gehöre ins Zuchthaus. Dem nationalsozialistischen Abgeordneten sei auf Staatskosten ein Flugzeug nach Berlin zur Verfügung zu stellen.

Die Herbeirufung des Ministers wird gegen Zentrum und Sozialdemokraten beschlossen und die Sitzung bis zu seinem Erscheinen unterbrochen.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung ist Minister Severing noch nicht anwesend.

Abg. Dr. Freisler (Nat. Soz.) verliest einen Brief, den angeblich Polizeioberleutnant Maass an die Nationalsozialistische Landtagsfraktion wegen schwerer Ausschreitungen eines Polizeimajor Mayer und sonstiger Gewalttätigkeiten von Schutzpolizeibeamten geschrieben hat. Vor wenigen Tagen habe man Maass

schwer verwundet aufgefunden und heute sei er im Staatskrankenhaus gestorben. Ein Selbstmord sei ausgeschlossen. Grzesinski, Weiss und Heimannsberg hätten politische Mörder gedungen, um die Schandtaten ihres korrupten Systems zu verdecken. (Grosser Lärm bei den Nat.Soz. - Drohrufe gegen Grzesinski)

Abg. Grzesinski (Soz.): Diese Behauptung ist so ungeheuerlich, dass ich es für unmöglich gehalten hätte, dass ein preussischer Abgeordneter zu derartigen Unterstellungen greift. (Grosser Lärm und wilde Erregung bei den Nat.Soz.) Mein Kommandeur Heimannsberg hat den Polizeioberleutnant Maass besonders geschätzt und auf die Nachricht von seiner schweren Verwundung ihm sofort einen Krankenbesuch abgestattet. Alle Behauptungen des Abg. Freisler sind unwahr, einfach schon deswegen, weil sie garnicht wahr sein können. (Sturm. Beifall b.d.Soz.)

Abg. Kube (Nat.Soz.) macht sich die Behauptung zueigen, dass Maass im Auftrage der Polizeileitung von Berlin ermordet worden sei.

Die Angelegenheit wird dem Polizeiuntersuchungsausschuss überwiesen.

Abg. Dr. von Winterfeldt (Nat.): Es kann in Preussen nicht anders werden, ehe wir nicht einen neuen Ministerpräsidenten wählen. Wir beantragen, dass morgen wenigstens der Versuch dazu gemacht wird.

Präs. Kerrl: Darüber werde ich am Schluss der Sitzung abstimmen lassen. (Heiterkeit)

Die Sitzung wird bis zum Eintreffen des Ministers Severing vertagt.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fragt Präs. Kerrl, ob der Minister in der Lage sei, über die Verhaftung eines nationalsozialistischen Abgeordneten in Frankfurt a/Main Auskunft zu erteilen.

Minister Severing:

Durch Anruf des Direktors beim Landtag bin ich heute nachmittag 2,55 Uhr telefonisch von dem Vorfall verständigt worden. Ich habe leider nicht gewusst, dass der hier vorliegende nationalsozialistische Antrag grobe Beschimpfungen meiner Beamten, insbesondere des erkrankten und seit 14 Tagen nicht im Amt befindlichen Polizeipräsidenten Steinberg enthielt. Sonst hätte ich von vornherein abgelehnt, mich mit der Angelegenheit zu befassen. (Sehr gut! b.d.Soz.; grosser Lärm b.d.Nat.Soz.) Ich appelliere an Ihren politischen Verstand. (Oho! bei den Nat.-Soz. - Heiterkeit links). Kein Staatswesen, gleichviel welcher Verfassung, kann sich gefallen lassen, dass sein Beamtenkörper desorganisiert wird. Solange ihnen nicht Missgriffe nachgewiesen sind, stelle ich mich schützend vor meine Beamten. (Lebh. Beifall b.d.Soz. und im Zentrum). Ich trage für sie die Verantwortung, und ich trage sie freudigen Herzens. (Stürmischer Beif. b.d.Soz.) Wer in Frage stehende nationalsozialistische Abgeordnete ist heute Vormittag an der Spitze eines nicht genehmigten Demonstrationzuges festgenommen worden. Das ist mit Fug und Recht geschehen. (Lebh. Beif. b.d.Soz. - Grosser Lärm b.d.Nat.Soz.) der sich erneuert, als der Zentrumsabgeordnete Diel den Nat.Soz. zuruft: "Haben Sie garkein Verständnis für Ritterlichkeit?!" Immerhin war dieses Vergehen nicht so schwer, dass es notwendig machte, einen Abgeordneten der parlamentarischen Arbeit zu entziehen. Ich habe daher die Freilassung angeordnet. (Zuruf bei den Nat.Soz.: "Und wie kommt er nach Berlin?") Das ist seine und Ihre Sache. Dass ich dem Herrn Abgeordneten auf Staatskosten ein Flugzeug verschaffte, das können sie meinetwegen von jedem Menschen in Europa erwarten, nur nicht von Karl Severing. (Sturm. langanhaltender Beifall bei den Soz.)

Hierauf kommt es zur Abstimmung über den Einspruch des Staatsrats gegen die Amnestiegesetze. Es werden 401 Karten abgegeben. Die zur Zurückweisung des Einspruchs des Staatsrats erforderliche Zweidrittelmehrheit betrüge 268. Mit ja stimmen 244, mit nein 157 Abgeordnete (Zentrum und Sozialdemokraten).

Landtag, Blatt 3

Die Zweidrittelmehrheit ist also nicht erreicht. (Pfuirufe bei den Komm. und Nat. Soz.)

Abg. Kube (Nat. Soz.): Wir haben weder an der Weiterberatung der Amnestiefrage noch überhaupt an den Beratungen dieses Landtages ein weiteres Interesse. Wir gehen jetzt ins Volk. Heil Hitler!

Die Nationalsozialisten stimmen in die Heilrufe auf Hitler ein und fange dann an zu singen. Präsident Kerrl verlässt den Präsidentenstuhl. Die Kommunisten intonieren die Internationale, und es findet längere Zeit ein Wett-singen statt.

Damit ist die Sitzung beendet.
